

6. Parteitag der CDU Deutschlands · 28. Nov. 1994 · Bonn

**Deutschland erneuern -  
Zukunft sichern**

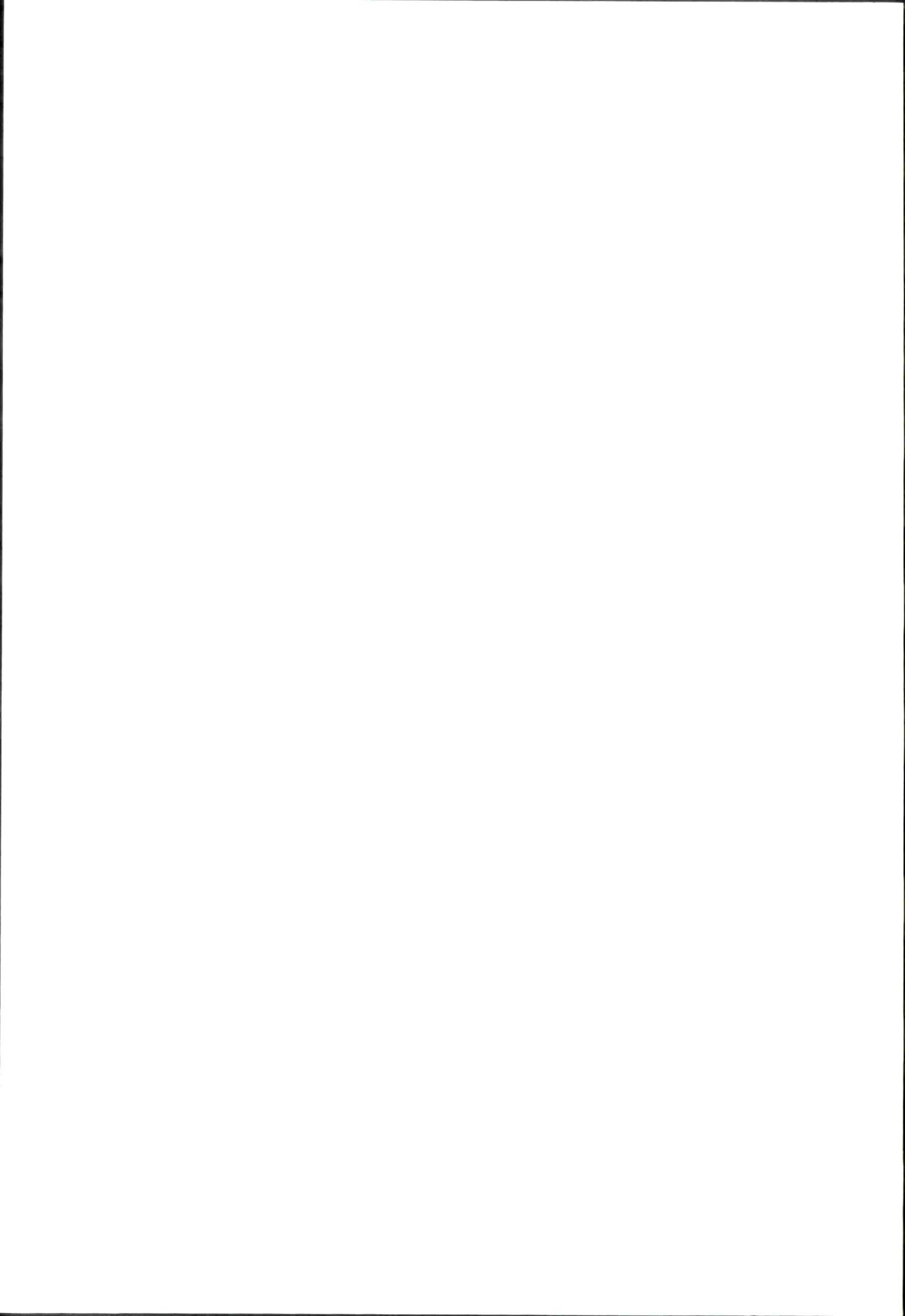
# **Bericht der Bundes- geschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht des Generalsekretärs**



***SICHER IN DIE ZUKUNFT***

***CDU***



## INHALT

	Seite
Vorwort	3
1. Die Wahlkämpfe im Jahr 1994	6
1.1 Konzept und Strategie	6
1.1.1 Wahlkampf "aus einem Guß"	7
1.1.2 Europa-Wahlmanifest und Regierungsprogramm	8
1.1.3 Die Aufschwung-Kampagne	9
1.1.4 Die Bilanz-Kampagne	10
1.1.5 Die Anti-Linksfront-Kampagne	11
1.1.6 Die Kanzler-Kampagne	13
1.2 Materialien des Wahlkampfes	14
1.2.1 Informationen für Wahlkämpfer (Kandidaten-Service)	14
1.2.2 Verteil-Materialien	17
1.2.3 Plakatierung	20
1.2.4 Beihefter und Insertion	22
1.2.5 Fernseh- und Hörfunk-Werbung	23
1.2.6 Presse-Arbeit	25
1.3 Veranstaltungen und Aktionen (Aachen, Dortmund, Regional-Konferenzen)	27
1.3.1 Sonstige Veranstaltungen der Bundespartei	30
1.3.2 Bundesredner-Einsatz	31
1.3.3 Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden	32
1.3.4 Aktionen "CDU im Gespräch"	41



2.	Parteigremien	45
2.1	Präsidium	45
2.2	Bundesvorstand	47
2.3	Landesgeschäftsführerkonferenz	48
2.4	Bundesfinanzkommission	48
2.5	Bundesparteigericht	49
2.6	Bundesfachausschüsse (1993/94)	50
3.	Das neue Grundsatzprogramm	66
4.	Mitglieder-Entwicklung und Organisations- Struktur der CDU	68
5.	Politischer Arbeitskalender 1994	70



## V o r w o r t

Der 6. Parteitag der CDU Deutschlands findet an der Schnittstelle zwischen zwei Legislaturperioden statt.

Wir können zurückblicken auf eine außerordentlich schwierige und arbeitsreiche, aber auch auf eine ebenso erfolgreiche Wahlperiode. Als Partei der inneren Einheit unseres Vaterlandes hat die CDU nicht nur die staatliche Einheit wiederhergestellt, sondern auch alle wesentlichen Weichenstellungen für die Beseitigung der schweren Erblasten des Sozialismus in den neuen Bundesländern vorgenommen. Bereits heute ist absehbar, daß die CDU als die bestimmende politische Kraft Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen werden muß.

Die Herausforderungen der letzten Jahre haben uns als Partei Zeiten des stürmischen Gegenwindes erleben lassen. Wir haben Wahlen verloren, wir haben einen ganz erheblichen Druck der veröffentlichten Meinung aushalten müssen, man hat die Idee der Volkspartei als überholt hingestellt. Unsere demoskopischen Werte waren enormen Wechselbädern ausgesetzt. Es ist vor allem das Verdienst unseres Parteivorsitzenden, daß die CDU Deutschlands entschieden und geschlossen das Super-Wahljahr 1994 erfolgreich bestanden hat. Wenn man bedenkt, wo die CDU in der Demoskopie zu Beginn des Jahres noch stand, dann kann man ermessen, welche politische Leistung in zwei direkt aufeinanderfolgenden nationalen Wahlkämpfen erbracht worden ist. Darauf kann die ganze Partei stolz sein.

Die CDU hat Wahlen gewonnen, weil sie durch ihr Regierungshandeln überzeugte, weil sie die Kanzlerentscheidung herbeigeführt hat und weil ihr die Mobilisierung der Wähler besser gelungen ist. Letzteres wäre nicht möglich gewesen ohne eine professionelle Kampagnenführung durch das Konrad-Adenauer-Haus und den vielfältigen Einsatz der Kandidatinnen und Kandidaten sowie ihrer ehrenamtlichen Helfer vor Ort. Entscheidend beigetragen zum Erfolg hat auch die reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle, den Landesgeschäftsstellen sowie den

Kreisgeschäftsstellen und Wahlkreisbüros. Die Bundesgeschäftsstelle hat ihre Kampagnenfähigkeit und ihre Kompetenz als modernes politisches Dienstleistungszentrum erneut und überzeugend unter Beweis gestellt.

An dieser Stelle sei allen, die zu den Erfolgen des Jahres 1994 beigetragen haben, ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung gesagt. Dies gilt gleichermaßen den vielen ehrenamtlich Engagierten wie den hauptamtlichen Mitarbeitern.

Auch wenn die unumgängliche Pragmatik des politischen Alltagsgeschäftes oft im Vordergrund stand, so hat die CDU in den zurückliegenden Jahren auch programmatisch erhebliches geleistet. Mit der "Weimarer Erklärung" und dem "Dresdner Manifest" hat die CDU als erste politische Partei die neuen Aufgaben im wiedervereinigten Deutschland und nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes beschrieben und Wege künftiger Politik aufgezeigt. Als die deutsche Europa-Partei haben wir umfangreiche Beschlüsse zur Politik für ein immer mehr zusammenwachsendes Europa gefaßt. Wir haben unsere Programmatik in der Bildungspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik sowie im weiten Feld der inneren Sicherheit erweitert und modernisiert. Vor allem aber haben wir als erste deutsche Partei ein gesamtdeutsch erarbeitetes Grundsatzprogramm beschlossen. Unsere Politik erschöpft sich nicht in kurzatmigem Pragmatismus und verfällt auch nicht in beifallheischenden Populismus. Die CDU hat sich immer als politische Kraft verstanden, die den Wandel gestaltet, indem sie das Bewährte bewahrt. Dieser Grundsatz ist eine der Wurzeln unseres Selbstverständnisses.

Wir werden im kommenden Jahr, wenn die CDU im 50. Jahr seit ihrer Gründung steht, noch oft Gelegenheit haben, die geistigen Quellen zu bedenken, die unseren politischen Vorfahren die Kraft und den Mut gaben, nach einer nationalen Katastrophe und unendlichem Leid einen neuen Anfang für ein besseres Deutschland zu wagen. Wir wollen dies nicht nur im Blick auf die eigene Geschichte tun, sondern vor allem auch unter der Fragestellung, was wir als CDU Deutschlands am Ausgang dieses Jahrhunderts tun müssen, um unseren Dienst an der Demokratie auch künftig erfolgreich leisten zu können. Innerhalb der eigenen Reihen werden wir

prüfen müssen, wo Verkrustungen entstanden sind und wo überholte Arbeitsweisen reformiert werden müssen. Vor allem aber muß es uns gelingen, den immer wieder neu notwendigen Wechsel der Generationen entschieden zu fördern. Dabei kommen wir nicht umhin, mehr als bisher den Frauen ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Engagement in unseren Reihen zu ermöglichen.

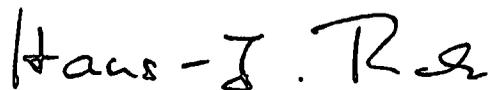
Die Bewältigung des Wandels, die Modernisierung unseres Landes, aber auch die Reform unserer eigenen Partei, muß zur zentralen Leit-Idee der jetzt begonnenen Legislaturperiode werden. Keine politische Kraft in Deutschland ist so wie wir dazu befähigt, den guten Mittelweg zwischen revolutionärem Umbruch und starrem Konservativismus zu finden und zu gehen.

Die Vorlage dieses Geschäftsberichtes möchten wir auch nutzen, den Delegierten und Ersatzdelegierten der Bundesparteitage der CDU Deutschlands ein herzliches Wort des Dankes zu sagen für ihr Engagement, ihre Disziplin und ihre Bereitschaft. Bundesparteitage der CDU sind Arbeitskonferenzen und keine Freizeitveranstaltungen. Sie als Delegierte haben immer wieder entscheidend dazu beigetragen, daß von Bundesparteitagen positive Signale ins Land gingen.

Lassen Sie uns guten Mutes und mit Tatkraft an die Aufgaben der vor uns liegenden Jahre herangehen. Der Schwung und die Entschlossenheit, die uns in den vergangenen Monaten gemeinsam und mit Helmut Kohl an der Spitze zum Erfolg verholfen haben, kann uns auch helfen, künftige Herausforderungen zu bestehen.



Peter Hintze  
Generalsekretär  
der CDU Deutschlands



Hans-Joachim Reck  
Bundesgeschäftsführer  
der CDU Deutschlands

## 1. Die Wahlkämpfe im Jahr 1994

Das Jahr 1994 stellte die Wahlkämpfer der CDU – die Tausende von ehren- und hauptamtlichen vor Ort wie auch die Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle – vor eine der bislang größten Herausforderungen in der Geschichte unserer Partei. Nie zuvor mußten mehr Wahlkämpfe in einem einzigen Jahr bewältigt werden. Nie zuvor mußte die CDU zwei bundesweite Wahlauseinandersetzungen – die Europawahl und die Bundestagswahl – im Abstand von nur vier Monaten bestehen. Und wohl nie zuvor ist einer Partei in Deutschland eine schwierigere Aufholjagd gelungen.

Noch zu Beginn des Wahljahres war die Ausgangslage für die Union denkbar ungünstig. Unter anderem drückte eine pessimistische Grundstimmung auf das politische Meinungsklima – zu Lasten der Union. Von manchen Meinungsforschungsinstituten wurde die Union Anfang Januar bei unter 35 % angesiedelt, die SPD dagegen bei 40 %. Nicht wenige Kommentatoren sahen die Bundestagswahlen als entschieden an und räumten der Union keine ernsthaften Chancen auf einen Wahlsieg mehr ein.

Am Ende des Wahlkampfjahres kann die CDU gegen alle Prognosen zu Jahresbeginn auf Wahlsiege bei der Europawahl und bei der Bundestagswahl zurückblicken. Aus den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, in Sachsen, in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen ging die Union als stärkste Partei hervor, in Sachsen gewann sie sogar eine überragende absolute Mehrheit. Im Saarland konnte die CDU deutliche Stimmengewinne verbuchen. Damit ist der CDU in knapp 10 Monaten eine völlige Veränderung der politischen Stimmungslage gelungen.

### 1.1 Konzept und Strategie

Ausschlaggebend für den Erfolg war in erster Linie der herausragende Einsatz von Bundeskanzler Helmut Kohl im Wahlkampf. Seine Persönlichkeit stand im Zentrum einer Strategie, die in schwieriger Situation die positiven Ansatzpunkte erkannte und nutzte – und die vor allem von Anbeginn des Wahlkampfes an konsequent durchgehalten wurde.

In einem Strategiepapier der Bundesgeschäftsstelle vom Januar 1994 wurde festgestellt: "Zu den Rahmenbedingungen der Wahlkämpfe 1994 gehört der Befund, daß die Zahl der unentschlossenen, zum Wechsel der Parteipräferenz oder zur Wahlenthaltung entschlossenen Wähler noch nie so hoch war wie in diesem Jahr. Dieser Sachverhalt relativiert die derzeit ungünstigen demoskopischen Werte für die Union erheblich und bietet die Chance, durch erfolgreiche politische Projekte und durch einen engagierten Wahlkampf das Meinungsklima zugunsten der Union zu wenden." Folgerichtig wurde schon frühzeitig - neben der weitgehenden Mobilisierung der Stammwähler, die Grundlage jedes Wahlerfolges bildet - die Ansprache der Unentschlossenen als wahlentscheidend definiert.

#### 1.1.1 Wahlkampf aus einem Guß

Die Grundthese der Wahlkampfführung lautete, daß nach den tiefgreifenden Umwälzungen der vergangenen Jahre die Fragen der Sicherheit, der Stabilität und der Gestaltung der Zukunft in einer Welt des Wandels im Mittelpunkt stünden. Die klare Personalisierung des Wahlkampfes auf Bundeskanzler Helmut Kohl war insofern immer auch Programm: Wie kein zweiter stand und steht der Bundeskanzler für Sicherheit, Stabilität und Verlässlichkeit, für die Kontinuität einer Politik der Mitte in einer schwierigen Zeit.

Die Grundthese führte darüberhinaus zur Festlegung der Wahlkampfthemen wie auch der prägenden Schlüsselbegriffe: Sicherheit - damit war die wirtschaftliche und die soziale Sicherheit ebenso angesprochen wie die innere Sicherheit und die äußere Stabilität. "Sicher in die Zukunft" wurde zum zentralen Slogan, der Eingang in das CDU-Signet fand und die Wahlkämpfer des Jahres 1994 begrifflich zusammenführte.

Die Einheitlichkeit des Wahlkampfes oder, mit anderen Worten, der "Wahlkampf aus einem Guß" - dies war von Anfang an eine der zentralen Forderungen an die Strategieplanung gewesen. Die CDU verstand das Wahljahr als Einheit. Die Wahlkämpfe standen in einem thematischen wie organisatorischen Zusammenhang und beeinflussten sich wechselseitig. Im Grunde handelte es sich nicht um eine

Vielzahl von Wahlkämpfen, sondern um einen permanenten Dauerwahlkampf, der unter einem einheitlichen Dach geführt werden mußte. Dieses "gemeinsame Dach" wurde hergestellt durch die Gemeinsamkeit der politischen Grundaussagen, durch die gleichbleibende Identität der Hauptträger des Wahlkampfes - insbesondere durch den Bundeskanzler - und durch eine gleichbleibende Grundwerbelineie. Die Grundwerbelineie, zu der die Verwendung der Deutschlandfarben ebenso gehörte wie das zentrale Signet mit dem Slogan "Sicher in die Zukunft" wurde im Wahljahr durchgehalten und prägte vor allem das Bild der beiden bundesweiten Wahlkämpfe. Darüberhinaus wurde großer Wert darauf gelegt, die Wahlkämpfe durchgängig als moderne "Kommunikationswahlkämpfe" anzulegen, mit einer starken Ausrichtung auf die elektronischen Medien.

#### 1.1.2 Europa-Wahlmanifest und Regierungsprogramm

Die thematischen Schwerpunkte wurden in den beiden zentralen Wahldokumenten festgelegt, dem Europa-Wahlmanifest und dem gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU. Sie profilieren die CDU als kompetente, zukunftsorientierte Partei, die den Wandel - und die damit verbundenen notwendigen Veränderungen - zuverlässig und mit Augenmaß gestalten kann, die vor allem gerade durch diese Gestaltungskraft für Sicherheit und Stabilität sorgt.

Das Europa-Wahlmanifest "Europa - gut für Deutschland" wurde von einer Kommission des Präsidiums erarbeitet und Ende April durch das Präsidium verabschiedet. In zehn Punkten legt die CDU in diesem politischen Dokument ihre zentralen europapolitischen Ziele dar und begründet, daß das Zusammenwachsen Europas insbesondere den Deutschen nutzt. In dem Manifest warnt die CDU vor einem Rückfall in den Nationalismus und tritt werbend dafür ein, in Europa die Kräfte der politischen Mitte zu stärken. Mit ihrer in sich geschlossenen und alle wesentlichen Aspekte abdeckenden europapolitischen Positionsbestimmung präsentierte sich die CDU als die kompetente deutsche Europapartei.

Das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl entstand zwischen Mai und August als gemeinsamer Text von CDU und CSU. Für die entscheidenden politischen Klärungen war eine zentrale Kommission aus beiden Parteien eingesetzt worden. Die Zuarbeit erfolgte durch insgesamt zwölf Arbeitsgruppen, deren Papiere in der Grundsatz- und Planungsabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle - in enger Abstimmung mit der CSU-Landesleitung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - aufbereitet und zu einem einheitlichen Text zusammengestellt wurden.

Die Arbeit an den Textgrundlagen war von intensiven internen Diskussionen gekennzeichnet, niemals aber - zur Überraschung vieler und Enttäuschung mancher Medien - von öffentlichen Auseinandersetzungen. Am Ende stand ein in größter Einmütigkeit beschlossener Text, der von den beiden Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Finanzminister Dr. Theo Waigel, im August 1994 der Presse vorgestellt wurde. Die "Neue Zürcher Zeitung" lobte das Programm als "ausgewogene Mischung von fortschrittlichen und konservativen Postulaten, die sich nahtlos aus der Politik der letzten vier Jahre herleiten lassen" und fügte hinzu: "Diese inhaltliche Konstanz fehlt der SPD". (NZZ 29.8.1994)

### 1.1.3 Die Aufschwung-Kampagne

Der Wahlkampf der CDU ruhte im wesentlichen auf drei Säulen: auf der inhaltlichen Säule, die sich in die "Aufschwung"- und in die "Bilanz-Kampagne" unterteilen läßt; auf der Angriffs-Säule, die in der "Linksfront-Kampagne" ihre wirkungsvollste Ausprägung fand; schließlich auf der personalen Säule, der zentralen "Kanzler-Kampagne".

Die inhaltliche Wahlkampfführung, so die Grundüberlegung, konnte nicht am "Bauchladen-Prinzip" ausgerichtet sein, nach dem den Wählern eine möglichst große Fülle an Themen angeboten wird, in der Hoffnung, es möge das richtige dabei sein. Die CDU konzentrierte sich auf einige wenige Themen, die aber in der Aufmerksamkeit der Wähler besonders hoch angesiedelt waren und bei denen die Union zudem einen Kompetenzvorsprung aufweisen konnte.

Im Mittelpunkt stand der Themenkomplex "Wirtschaft und Beschäftigung", der von der CDU konsequent als zusammengehörig dargestellt wurde. Zentrales politisches Dokument dieser Kampagne war der Beschluß "Für Wachstum und Beschäftigung" des Hamburger Parteitages im Februar 1994. Dieser Beschluß wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgegriffen und in Gesetzgebungs- und Verordnungs-Initiativen umgesetzt. Die Strategie der CDU ging davon aus, daß der Wahlkampf als "Wirtschaftswahlkampf" geführt und entschieden würde. Es war von zentraler Bedeutung, den zurückgewonnenen Vorsprung in der Wirtschaftskompetenz zu halten und auszubauen. Die CDU führte den Wahlkampf deshalb als Partei des Aufschwungs. Die sich bessernden wirtschaftlichen Daten, die positiven Zukunftsprognosen unterstützten die Kampagne der CDU. Allerdings mußte durch den Wahlkampf sichergestellt werden, daß die wirtschaftliche Besserung den Leistungen der Regierung und der CDU auch zugerechnet wurde. Dies ist der CDU gelungen - was keineswegs selbstverständlich ist, wie aktuelle Beispiele aus Großbritannien und aus den USA belegen.

In ihrer Argumentation wies die CDU darauf hin, daß der Aufschwung nicht selbstverständlich sei, daß er stabilisiert werden müsse und ein Regierungswechsel mit den entsprechenden falschen politischen Signalen alles Erreichte wieder in Frage stellen könnte. Die Kernbotschaft lautete: Nur die CDU kann zuverlässig den Aufschwung sichern und für eine gesunde Wirtschaft sorgen - und damit auch für sichere Arbeit. Diese Botschaft verdichtete sich im zentralen Slogan: "Damit es weiter aufwärts geht!"

#### 1.1.4 Die Bilanz-Kampagne

Jede Partei ist gut beraten, bei Wahlentscheidungen nicht auf Dankbarkeit für vergangene Leistungen zu hoffen. Gleichwohl konnte die CDU nicht darauf verzichten, mit einer Bilanz ihrer Regierungserfolge vor die Wähler zu treten. Diese - allein schon vom Ausmaß und der Menge der in Angriff genommenen Probleme her - eindrucksvolle Bilanz bot einen klaren Wettbewerbsvorteil

gegenüber der Konkurrenz; sie diene als wichtiges Argument, um die Kompetenz der CDU auch für die Gestaltung der Zukunft glaubwürdig zu unterstreichen.

Eine besondere Bedeutung kam der Bilanzkampagne in den neuen Ländern zu. Die wichtigen Jahrestage am 1. Juli - 4 Jahre Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion - sowie am 3. Oktober boten günstige Gelegenheiten, den unübersehbaren Fortschritt beim Aufbau Ost zu dokumentieren. In umfangreichen Kompendien sowie in kurzgefaßten, auf die einzelnen Regionen bezogenen Darstellungen konnte das "Vorher-Nacher" verglichen und die erreichten Leistungen allen Versuchen der Schwarzmalerei entgegengestellt werden. Dabei legte die CDU Wert darauf, die Aufbauenerfolge als das darzustellen, was sie sind: in erster Linie Ergebnisse der harten Arbeit der Menschen. Allerdings sollte und brauchte auch nicht verschwiegen zu werden, daß die CDU und allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der CDU die Rahmenbedingungen für die Aufbauarbeit in Ostdeutschland geschaffen hatten.

#### 1.1.5 Die Anti-Linksfront-Kampagne

Die SPD-Strategie war - zumindest in der ersten Hälfte des Wahljahres - eindeutig darauf abgestellt, sich in die politische Mitte zu schleichen: Alle Widersprüche, Gegensätze und Linkstrends in der SPD sollten hinter der Fassade einer moderaten und seriösen Mitte-Partei verschwinden. Diese Strategie wurde zunächst mit beachtlicher Konsequenz durchgehalten.

Umgekehrt mußte die CDU mit ihrer Angriffsstrategie darauf setzen, diesen Versuch als Täuschungsmanöver zu entlarven und den Blick der Öffentlichkeit hinter die Fassade zu lenken. Als geeigneter Ansatzpunkt bot sich die Steuer- und Finanzpolitik der SPD an. In der Tat konnte die CDU mit ihren kritischen Nachfragen und Gegenrechnungen dazu beitragen, daß an der Seriösität und Kompetenz der SPD immer größere Zweifel aufkamen. Die CDU bereitete sich darauf vor, die Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Hauptfeld der Auseinandersetzung zu machen.

Allerdings vermerkt das Strategiepapier der CDU-Bundesgeschäftsstelle auch schon im Januar: "Ein zweites Element des Angriffswahlkampfes muß... auf die Gefahr abstellen, die von rückwärtsgewandten Parteien für die Stabilität und das internationale Ansehen unseres Landes ausgeht. Dabei muß in den neuen Ländern ein besonderer Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit der PDS gelegt werden; dabei sind auch eventuelle Annäherungen zwischen PDS und SPD zu attackieren."

Zum damaligen Zeitpunkt rechnete noch niemand damit, daß die SPD so weit gehen würde, die Unterstützung der PDS bei der Wahl eines Ministerpräsidenten in Anspruch zu nehmen. Die Entwicklung in Sachsen-Anhalt veränderte die strategische Situation. Die SPD hatte durch diese Entscheidung ihre Mitte-Strategie in gleichem Maße decouvriert und konterkariert. Die politischen Lager waren wieder klar unterscheidbar. Die Bundestagswahl wurde von der CDU fortan als Richtungsentscheidung zwischen der Koalition der Mitte einerseits und einer Linksfront aus SPD, Grünen und PDS andererseits verstanden und dargestellt. Die Vorgänge in der SPD seit dem 16. Oktober belegen, daß diese Sichtweise keineswegs überzogen, sondern sehr realistisch war.

Bei der Auseinandersetzung um die Vorgänge in Magdeburg ging es gleichermaßen um die SPD, die mit dem Ausscheren aus der Solidarität der Demokraten immer wieder konfrontiert werden mußte, wie auch um die PDS. In der CDU herrschte grundsätzliche Einigkeit über den wahren Charakter der PDS. Umstritten waren aber zeitweise die Werbemittel, mit denen die Auseinandersetzung geführt werden sollte. Die "Rote-Socken-Kampagne" wurde zur umstrittensten, aber gleichzeitig bekanntesten Kampagne der CDU. Sie war zweifellos auch eine der wirkungsvollsten, denn keine andere Maßnahme führte in vergleichbarer Weise dazu, die Diskussion über den Magdeburger Tabubruch ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

#### 1.1.6. Die Kanzler-Kampagne

"Vor allem aber muß im Wahlkampf die Person des Bundeskanzlers entsprechend herausgestellt werden." vermerkt das Wahlkampf-Regiebuch der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Oktober 1993. "Der Staatsmann Helmut Kohl, dessen Führungskompetenz und Regierungserfahrung gerade in einer Zeit des Wandels... unverzichtbar sind, muß im Mittelpunkt der Wahlkampagne stehen. Besonders in der heißen Schlußphase muß der Wahlkampf von einer intensiv geführten Kanzlerkampagne getragen werden."

Die CDU hat ihre Werbemittel sehr stark auf die Person des Bundeskanzlers zugeschnitten. Zwei von drei zentralen Großflächenplakaten zeigten den Parteivorsitzenden, einmal sogar ohne jeden weiteren Text: Die Person selbst war die Botschaft, die keiner weiteren Erklärung bedurfte - die im übrigen zugleich für eine klare programmatische Ausrichtung stand. Ebenso konzentrierte sich ein Teil der TV-Spots ganz auf den Kanzler; erstmals wurden Spots produziert, in denen sich der Spitzenkandidat der Union direkt an die Wählerinnen und Wähler wandte. Eine bundesweit geschaltete, großformatige Anzeige mit einem Brief des Kanzlers ergänzte in der letzten Woche des Wahlkampfs diese Maßnahme.

Diese Kanzlerkampagne prägte mehr als alles andere das Bild des Wahlkampfes. Helmut Kohl, seine Erfahrung, Tatkraft, und sein internationales Ansehen wurden zum entscheidenden Vorteil in der Wahlauseinandersetzung. Die CDU setzte auf die klare Personalisierung. Die SPD versuchte sich dieser Herausforderung zeitweise zu entziehen - letztlich ohne Erfolg. Sie mußte zur Kenntnis nehmen, daß gerade in einer labiler gewordenen Wählerlandschaft und unter den Bedingungen eines Medienwahlkampfes die Ausstrahlung der Führungspersönlichkeiten zu einem ausschlaggebenden Faktor wird. Dies zeigten nicht zuletzt die Landtagswahlen des Jahres 1994; es bestätigte sich auf eindrucksvolle Weise bei der Bundestagswahl.

## 1.2 Materialien des Wahlkampfes

### 1.2.1 Informationen für Wahlkämpfer (einschließlich Kandidaten-Service)

Die parteiinterne Kommunikation wurde im Wahlkampfjahr erheblich verstärkt. Neben den ständigen Publikationen wie UiD und UNION-Magazin, die voll in den Dienst des Wahlkampfes gestellt wurden, gab es unter anderem regelmäßige Infofaxe zu aktuellen politischen Themen. Über das elektronische Kommunikationssystem "KomSys" waren alle Argumente und Informationen über den Wahlkampf zu erhalten. Ebenso wurde unser DatexJ-Angebot für Wahlkampfinformationen genutzt. Es gab das Kandidatentelefon und ein parteiinternes Wahlkampftelefon, über das jederzeit Informationen abgerufen werden konnten. Sowohl zur Europawahl als auch zur Bundestagswahl gab es einen besonderen Werbemittel-Katalog, verbunden mit einem Wahlkampf-Handbuch, das Tips und Aktionsvorschläge enthielt. Das Argumentationsmaterial, das sowohl als Handbuch wie als Computer-Diskette zur Verfügung stand, wurde im Laufe des Jahres mehrfach aktualisiert.

#### Kandidatenservice

##### 1. Europawahl

Im Kandidatenservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle wurden 49 Europa-Kandidaten ab dem Zeitpunkt ihrer Nominierung betreut.

Im März 1994 wurde in der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit für Europakandidaten und CDU-Verbände ein ständig besetztes "Europatelefon" (0228/544-400) eingerichtet. Dieses Telefon stand allen Kandidatinnen und Kandidaten sowie ihren persönlichen Mitarbeitern zur Verfügung und wurde vor allem zur Beratung in Fragen der Wahlkampfführung in Anspruch genommen.

Für ihre Arbeit vor Ort erhielten die Europakandidaten von der Bundesgeschäftsstelle:

- Kandidatenprospekt

Den Kandidaten und Kandidatinnen wurde die Möglichkeit gegeben, sich und ihre politischen Aktivitäten in einem dreiseitigen Prospekt darzustellen.

- Kandidatenplakat

Die Bundesgeschäftsstelle produzierte für jeden Kandidaten ein Kandidatenplakat in einer kostenlosen Grundausstattung von insgesamt 1.000 Exemplaren in den Größen DIN A0 und DIN A1.

Den Kandidaten wurden darüber hinaus spezielle Kleinwerbmittel angeboten.

- Fotoservice

Die überwiegende Zahl der Kandidaten nahm an einem eigens anberaumten Fototermin mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl in Bonn teil.

Zusätzlich wurde allen Kandidaten die Möglichkeit gegeben, sich von einem Portraitfotografen in Bonn fotografieren zu lassen. Die Bilder wurden für die Plakate und Prospekte genutzt.

- Informationsservice

Die Kandidaten, ihre Wahlkampfbeauftragten und die zuständigen Kreisgeschäftsführer erhielten laufend aktuelles Informationsmaterial zu wichtigen politischen Themen.

## 2. Bundestagswahl

Mit einem umfangreichen Kandidatenservice wurden auch in diesem Bundestagswahlkampf die 283 Wahlkreiskandidaten und -kandidatinnen betreut. Zu den allgemeinen Leistungen des Kandidatenservice gehörten:

- ständige Aussendungen von Informationsmaterial
- Fotoservice für Portraits

- Angebot eines Sortiments unterschiedlicher Kleinwerbemittel
- Erstellung und Produktion von Kandidatenprospekten (Leporellos)
- Produktion von Kandidatenplakaten
- laufende persönliche Beratung über das Kandidatentelefon.

Die Kandidatinnen und Kandidaten konnten erstmals ihre Kandidatenprospekte auf Disketten erstellen lassen. Außerdem wurden ihnen Zielgruppenbriefe für "Direct-Mail"-Aktionen angeboten.

Intensiv genutzt wurde auch das Angebot an die Bundestagskandidaten, in Bonn gemeinsame Fotos mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl für den Kandidatenprospekt erstellen zu lassen.

#### Union in Deutschland (UiD)

Der Informationsdienst der CDU "Union in Deutschland" (UiD) erscheint wöchentlich (mindestens 40 Ausgaben im Jahr). Der UiD enthält Informationen zu aktuellen politischen Ereignissen und Argumentationshilfen zu wichtigen Sachfragen. Er informiert damit über die jeweilige Beschlußlage der Partei, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU-geführten Bundesregierung.

Der UiD enthält regelmäßig einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird bzw. Parteitagsbeschlüsse, Regierungserklärungen, Koalitionsvereinbarungen oder Wahlergebnisse dokumentiert werden.

Der UiD weist außerdem regelmäßig auf aktuelle Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle hin und gibt Ratschläge und Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der Parteigliederungen. Mehrmals im Jahr erscheint als rosa Teil ein Gesamtangebot der Informations- und Werbematerialien.

### Wahlkampfbeilage "Entscheidung '94"

Neben dem auch 1994 in unregelmäßigen Abständen erscheinenden "UiD extra", in dem in diesem Jahr beispielsweise unsere europapolitischen Argumente zusammengefaßt wurden, gab es seit März 1993 eine weitere Beilagenform: "Entscheidung '94", mit der die Bundesgeschäftsstelle die Vorbereitung auf das Super-Wahljahr 1994 begonnen hatte, erschien anfangs alle vier Wochen und enthielt Informationen, die für alle Wahlkämpfer, insbesondere für Mandatsträger und Kandidaten wichtig waren.

Je näher der Wahltermin rückte, desto mehr wurde der gesamte UiD für die Wahlkampfinformation genutzt. Für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner enthielt fast jede UiD-Ausgabe im Wahljahr einen Beitrag mit dem neuen Kolummentitel "Probleme mit der Wirklichkeit", der mit Presse-Zitaten Meinungen zur Wirkung brachte, die bereits anderswo "gelaufen" waren: eine willkommene Hilfe für die Wahlkämpfer vor Ort.

Für die Landesverbände gibt es nach wie vor die Möglichkeit einer regionalen Beilage (gelber Teil), von der im Berichtszeitraum die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg Gebrauch gemacht haben.

### **Infoservice**

Zu den Informationen für Wahlkämpfer ist auch der "Infoservice" für CDU-Redakteure zu zählen. Er erscheint sechsmal im Jahr mit einer Auflage von ca. 1.500 als Arbeitsmaterial. Durch Themenauswahl, Aufbereitung, insbesondere durch die Druckvorlagen und Gestaltungshilfen wurde er 1994 ganz in den Dienst der Wahlkämpfer gestellt.

### **1.2.2 Verteil-Materialien**

Im Wahlkampfjahr 1994 stand der Partei ein breites Angebot an Verteilmaterialien zur Verfügung: Broschüren, Faltblätter zu allen wichtigen Themen, Argumentationskarten, Briefwahlprospekte,

Kanzlerprospekt, Aufkleber, Disketten, Rahmenmaterialien, Plakate und Sympathiewerbemittel. Alle diese Materialien konnten über das IS-Versandzentrum der Bundespartei bestellt werden, aber sowohl im Europawahlkampf wie auch im Bundestagswahlkampf gab es für jeden Kreisverband eine kostenlose Grundausrüstung. Im Bundestagswahlkampf standen für jeden Kreisverband folgende Materialien kostenlos zur Verfügung:

10.000 Exemplare des Kanzlerprospektes,  
3.300 Argumentationskarten,  
5.000 Briefwahlprospekte und  
3.500 Plakate.

**Auflagen der wichtigsten Wahlwerbemittel:**

Informationsmaterial

Btw94-Türanhänger	8.054.300
Btw94-Briefwahlprospekt	2.108.900
Btw94-Kanzlerprospekt	16.570.500
Btw94-Faltblätter (12 verschiedene Themen)	1.233.800
Btw94-Argukarten	952.129
Btw94-Broschüre: Programm von CDU/CSU	135.676
Btw94-Broschüre: Bilanz einer erfolgr.Regierungsarbeit	21.450
Btw94-Broschüre: Zukunft für die Landwirtschaft	10.700
Btw94-Argumente für Wahlkämpfer	8.575
Btw94-Wahlkampfleitfaden	5.475
Btw94-Broschüre: Aufschwung-Ost	14.227
Btw94-Broschüre: Zukunft statt Linksfront	26.975
Btw94-Comic-Heft: "Archäologische Sensation"	30.000
Europa94 Falblätter (14 verschiedene Themen)	214.000
Aufnahmeantrag der CDU	71.070
Autogrammkarte Helmut Kohl	83.500
Grundsatzprogramm	33.415
Handbuch: Familienurlaub	4.525
Europa94 Broschüre: abgehakt	1.850
Europa94 Broschüre: Beschäftigung sichern	1.850
CDU-Statut	1.780
Europa94 Broschüre: das Versagen der SPD	1.450

Materialien zum Eindrucken

Rahmenflugblätter	1.715.000
Rahmenplakate	108.200

Poster/ Plakate/ Postkarten

Poster A1: Augen auf im Straßenverkehr	5.300
Aber nicht auf roten Socken	28.640
Postkarte: Rote Socke	7.600
Poster: Zukunft statt Linksfront	28.650
Rednerankündigungsplakate A1 und A0	79.068
Btw94-Motiv 1: Helmut Kohl	305.000
Btw94-Motiv 2: Damit es weiter aufwärts geht	261.000
Btw94-Motiv 3: Beide Stimmen für die CDU	251.000
Btw94-Motiv 4: Helmut Kohl/ Es geht um Deutschland	270.000

Zubehör für Veranstaltungen

Anstecknadel	4.681
CDU-Fahne	56
Canvassing-Stand	189
CDU-Canvassing-Schirme	534
Ständer für Pavillon und Sonnenschirm	758
Hinweisschild "CDU"	516
Aufkleber für Canvassing-Stand	1.400
Pavillon mit Seitenteil	254

Disketten

Datenbank Politik	5.000
"Kennste Deutschland?" (Computerspiel)	30.000
Regierungsprogramm von CDU und CSU	20.000

Aufkleber

"Sicher in die Zukunft"	48.800
Frauen-Union	7.700
Miniaufkleber "Sicher in die Zukunft"	16.951
schwarz/rot/gold	41.250
Senioren-Union	28.100
Auf in den Sommer	35.200
Deutschlandfahne mit CDU-Logo	150.700
Deutschlandfahne ohne CDU-Logo	76.450
Ohne Frauen ist kein Staat zu machen	5.000

Werbemittel

Luftballon	1.048.000
Bleistift	383.300
Papierfähnchen	364.000
Ballondrahtstäbe	312.500
CDU-Notizblock	291.956
Bierdeckel	104.200
Papier- und Baumwolltragetaschen	83.275
Umweltkugelschreiber	74.500
Schnellverschluß für Luftballons	58.900
Skatenspiel	58.500
Nähetui mit Heftpflaster	55.080
Stundenplan	42.250
Feuerzeug	32.930

Schlüsselanhänger (bunt sortiert)	27.470
Textilbutton	24.300
Eiskratzer	22.400
Umfragekarte: Wunschbaum	20.500
Parkscheibe	15.400
Plastikball	11.941

### 1.2.3 Plakatierung

#### Kommerzielle Plakatierung im Europawahlkampf

Die kommerzielle Plakatierung zur Europawahl konzentrierte sich auf eine Dekade vor dem Wahltag, beginnend mit dem 27. Mai 1994. Insgesamt waren folgende Flächen gebucht:

4.700 Großflächen  
1.600 Ganzstellen  
1.800 City-Light-Poster  
350 Superposter.

Alle kommerziell gebuchten Flächen trugen das Motiv Fahne und den Slogan "Deutschland zuliebe - CDU wählen".

Hinzu kamen 4.000 Sondergroßflächen (Wesselmann), die ab Anfang Mai aufgebaut wurden und das Motiv "Frieden für alle" trugen. Ab 27. Mai wurde dann auf diesen Sondergroßflächen ebenfalls das Motiv Fahne mit dem Slogan "Deutschland zuliebe - CDU wählen" geklebt.

#### Parteiplakatierung

Den Kreisverbänden wurden insgesamt 3.000 kostenlose Parteiplakate mit folgenden Motiven angeboten:

- Frieden für alle
- Bauarbeiter mit Slogan "Unser Fleiß, unsere Ideen, unsere Arbeit"
- Fahnenmotiv mit Slogan "Wir packen's an".

Weitere drei Plakate standen der Partei nach der Europawahl in der Sommerpause zur Verfügung:

- "Auf in den Sommer und mit Schwung in den Herbst"
- "Zukunft statt Linksfront"
- "Auf in die Zukunft - aber nicht auf roten Socken".

#### Kommerzielle Plakatierung im Bundestagswahlkampf

Zur kommerziellen Plakatierung gehörten Großflächen und Sondergroßflächen (Wesselmann) sowie Allgemeinstellen, Ganzstellen, Superposter und erstmalig sogenannte City-Light-Poster. Die Plakatierung der Sondergroßflächen begann Anfang September mit dem Plakat "Helmut Kohl in der Menge".

Die kommerzielle Plakatierung konzentrierte sich auf die beiden letzten Dekaden des Wahlkampfes ab dem 23. September und präsentierte drei Plakatmotive. Pro Dekade waren kommerziell folgende Flächen gebucht:

14.000 Großflächen  
1.600 Ganzsäulen  
4.400 Allgemeinstellen  
2.100 City-Light-Poster  
400 Superposter  
6.000 Sondergroßflächen (Wesselmann).

Die Beklebung erfolgte in drei Wellen:

- Beginnend mit dem Aufbau der Sondergroßflächen von Anfang September mit dem Motiv "Helmut Kohl in der Menge", ohne Logo und Slogan.
- Ab 23. September bis 4. Oktober, beginnend mit der 1. Dekade der kommerziellen Plakatierung, wurden das Motiv "Helmut Kohl in der Menge" und das Motiv Fahne mit Slogan "Damit es weiter aufwärts geht" auf allen Anschlagarten geklebt.
- In der letzten Dekade ab 4. Oktober kam das Motiv Helmut Kohl vor der Fahne mit dem Slogan "Es geht um Deutschland" und dem Aufkleber

"CDU-Zweitstimme ist Kanzlerstimme" auf den Großflächen, den Sondergroßflächen und den Allgemeinstellen zum Einsatz.

Die Superposter und die City-Light-Poster zeigten über beide Dekaden das Plakatmotiv Fahne mit dem Slogan "Damit es weiter aufwärts geht".

Die Ganzsäulen enthielten jeweils ein Motiv Fahne "Damit es weiter aufwärts geht" und ein Motiv "Helmut Kohl in der Menge", in der letzten Dekade zusätzlich mit dem Aufkleber "Zweitstimme ist Kanzlerstimme".

#### Parteiplakatierung

Für den Hauptwahlkampf wurde den Kreisverbänden eine kostenlose Grundausstattung von insgesamt 3.000 Plakaten mit folgenden Motiven angeboten:

- Helmut Kohl in der Menge
- Fahne mit Slogan "Damit es weiter aufwärts geht"
- Zukunft statt Linksfront.

Als Schlußplakat erhielten die Kreisverbände kostenlos weitere 500 Parteiplakate mit dem Motiv Helmut Kohl vor Fahne mit Slogan "Es geht um Deutschland".

Hinzu kamen die Kandidatenplakate der Direktkandidaten, die zum großen Teil von der Bundesgeschäftsstelle produziert wurden.

#### 1.2.4 Beihefter und Insertion

##### Beihefter in Programmzeitschriften und Programmsupplements

Als zentrales Werbemittel der Kanzlerkampagne wurde mit einer Auflage von 14 Millionen Exemplaren ein Beihefter in den Programmzeitschriften und Programmsupplements ab 16. September geschaltet. Da die Programmzeitschriften über einen Zeitraum von mehr als einer Woche in allen Familien häufig benutzt werden, hatte der Beihefter einen hohen

Aufmerksamkeitswert und erreichte praktisch die gesamte Bevölkerung. Den Gliederungen standen zusätzliche Exemplare für ihre Informationsstände und Veranstaltungen zur Verfügung. Jeder Kreisverband erhielt 10.000 Exemplare kostenlos.

### Insertion

Im Europawahlkampf wurde aus Kostengründen ganz auf eine Anzeigenkampagne verzichtet, und im Bundestagswahlkampf wurde das Medium Zeitungsanzeige sehr konzentriert eingesetzt:

- 2 Schaltungen in den neuen Bundesländern  
("Danke!" und "Der Aufschwung Ost kommt voran")
- 1 Schaltung in der Bildzeitung  
("Jetzt den Aufschwung sichern")
- 1 Schaltung in allen regionalen Tageszeitungen in ganz Deutschland  
(Brief von Helmut Kohl an die Mitbürgerinnen und Mitbürger).  
Dieser Brief wurde zwei Tage vor der Wahl auch noch einmal in der Bildzeitung geschaltet.

### 1.2.5 Fernseh- und Hörfunk-Werbung

Sowohl bei der Europawahlkampagne als auch bei der Kampagne zur Bundestagswahl hat die Bundesgeschäftsstelle größten Wert auf eine zielgruppenspezifische Ansprache der Wähler gelegt. Lebensgefühl und Alter des Publikums waren ebenso zu bedenken wie die Tatsache, daß einzelne Sender von bestimmten Altersgruppen bevorzugt werden. Deshalb wurde die Herstellung der Fernseh- und Hörfunkspots von vornherein darauf ausgerichtet, für unterschiedliche Sendeplätze und Sendeumfelder das richtige Produkt zur Verfügung zu haben.

"Eine wahre Geschichte", unser Spot aus dem Europawahlkampf, der die Geschichte eines Paares erzählt, das sich durch die Deutsche Einheit wiedergefunden hatte, ist das herausragende Beispiel für einen emotionalen Wahlspot, der gleichzeitig Fakten vermitteln konnte. Damit

hat die CDU in der deutschen Wahlwerbung neue Wege beschritten und auch Anerkennung in der Fachwelt geerntet. Den Gegensatz zum emotional ansprechenden Film bildete in der Bundestagswahlkampagne der aggressive Spot "5 vor 12", der auf die Gefahr eines linken Bündnisses von SPD, PDS und Grünen aufmerksam gemacht hat.

Mit dem Instrument des 30-Sek.-Spots konnte die CDU schnell und flexibel auf politische Situationen reagieren oder selbst agieren. In der Europawahl ist es beispielsweise gelungen, morgens um 11 Uhr die Inhalte im Konrad-Adenauer-Haus festzulegen, den Spot herzustellen und bis 19 Uhr abends sendefertig bei den betreffenden Rundfunkanstalten abzuliefern.

## Europawahl

### TV-Spots

Bei der Europawahl hatte die CDU in den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD und ZDF je acht Schaltungen à zweieinhalb Minuten. Dafür wurden zwei Spots produziert. In den Privaten Sendern hatte die CDU 153 Schaltungen à 30 Sekunden. Dafür gab es zehn unterschiedliche Spots.

### Hörfunk-Spots

Insgesamt gab es 75 Schaltungen in den öffentlich-rechtlichen Sendern à zweieinhalb Minuten. Dafür wurden zwei Spots hergestellt. In den Privatsendern gab es 612 Einschaltungen à 30 Sekunden. Hierfür standen acht Spots zur Verfügung.

## Bundestagswahl

### TV-Spots

In ARD und ZDF gab es wiederum je acht Schaltungen à zweieinhalb Minuten. Dafür standen drei Spots zur Verfügung. Bei den Privaten Sendern gab es 254 Schaltungen à 30 Sekunden für 14 unterschiedliche

Spots. Ab dem 12. Oktober wurde bei allen Schaltungen nur noch eine Live-Ansprache des Kanzlers verwendet und so ein besonderer Schlußakzent gesetzt.

#### Hörfunk-Spots

Bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten gab es 76 Schaltungen à zweieinhalb Minuten. Drei verschiedene Motive standen zur Verfügung. Bei den Privatsendern waren es 620 Schaltungen à 30 Sekunden für 15 unterschiedliche Spots.

Alle Fernseh- und Hörfunk-Spots in den Privaten Sendern wurden zielgruppenspezifisch eingesetzt. Bei den meisten Fernsehspots wurde die Nummer des CDU-Bürgertelefons '0228/1994' eingeblendet.

#### 1.2.6 Pressearbeit

Auch die Presse- und Medienarbeit stand in diesem Jahr ganz im Zeichen der Wahlkämpfe. Um eine möglichst breite und intensive Berichterstattung über die Arbeit der Partei sowohl in den elektronischen als auch in den Druckmedien zu erreichen, wurden im Berichtszeitraum beispielsweise 279 Presseerklärungen veröffentlicht. Für den Parteivorsitzenden und für den Generalsekretär wurden zahlreiche Interviews vorbereitet sowie etliche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet. Denn gerade im sogenannten Superwahljahr zeigte die in- und ausländischen Presse ein außerordentlich lebhaftes Interesse an Interviews und persönlichen Gesprächen mit dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär, aber auch mit weiteren Spitzenvertretern der Union. Die Pressestelle hat dafür die entsprechenden Kontakte zwischen den Politikern und den Journalisten hergestellt. Daneben wurden 66 Pressekonferenzen - vorwiegend in Bonn, aber auch in anderen Städten, wie z.B. Berlin - organisiert.

Ein Arbeitsschwerpunkt für die Pressestelle war auch die Begleitung des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs bei den zahlreichen Wahlkampfauftritten sowie Parteitagen oder Kongressen. Dazu gehörte

dann ebenfalls die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Presseaktivitäten vor Ort sowie die Betreuung und Information der Medienvertreter.

Zahlreiche Veranstaltungen und Kongresse von Gliederungen der Union, wie beispielsweise die Vorsitzendenkonferenz der Frauen-Union oder die Treffen des BACDJ sowie die Arbeit der Bundesfachausschüsse wurden pressemäßig begleitet. Hierbei wurden die Fachjournalisten gezielt angesprochen, um auch das jeweils fachlich interessierte Publikum zu erreichen.

Eine werktäglich erstellte Presseschau gehört zur Nachbereitung und Erfolgskontrolle aller Aktivitäten der Pressestelle. Daneben wurde im Wahljahr eine regelmäßige Beobachtung der elektronischen Medien eingerichtet, die die wichtigsten politischen Sendungen sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Fernsehen ausgewertet hat. Diese Medienbeobachtung hat sich als hilfreich erwiesen und soll nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Um der Bedeutung der elektronischen Medien gerecht zu werden, wurden zwei neue Einrichtungen in Betrieb genommen: Ein CDU-eigener "Originalton-Dienst" vor allem für die zahlreichen Privatradios und ein fernsehgerechter Interviewraum. Viele lokale Rundfunkstationen, die sich keinen eigenen Korrespondenten in Bonn leisten können, konnten so "O-Töne" von CDU-Politikern für ihre Nachrichtensendungen erhalten. Eine eigene Interviewecke mit Fernsehlicht und flexiblen Dekorationswänden hat Fernsehauftritte von CDU-Politikern medienwirksamer gemacht.

Die Wahlen lösten auch eine intensive Berichterstattung über die Wahlkampagnen selbst und über die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle aus. Immer wieder wurden Journalisten betreut, die sich mit Strategie und Werbemitteln des CDU-Wahlkampfes beschäftigten. Auch eigene Pressekonferenzen wurden zu diesen Themen organisiert.

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehörte schließlich noch die redaktionelle Betreuung des Union Magazins. Unser MitgliederMagazin ist im Berichtszeitraum viermal erschienen und bot eine ausgezeichnete Plattform für den Wahlkampf.

### 1.3 Veranstaltungen und Aktionen

#### Regionalkonferenzen

Den Auftakt der innerparteilichen Mobilisierungsphase zu den anstehenden Wahlkämpfen bildeten die gemeinsam mit den Landesverbänden durchgeführten Regionalkonferenzen. Für die Bundesgeschäftsstelle nahmen Generalsekretär Peter Hintze, Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck und der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Heiner Lueg daran teil. Nach den politischen Lageberichten wurden Fragen der Parteiorganisation und der Öffentlichkeitsarbeit diskutiert sowie Wahlkampfstrategie und Werbelinien vorgestellt.

An den Regionalkonferenzen nahmen jeweils die Mitglieder der Landesvorstände, die Landesgeschäftsführer, die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer sowie die Europa- bzw. Bundestagskandidaten mit ihren Wahlkampfleitern teil. In den Landesverbänden mit Landtags- und Kommunalwahlen wurde der Teilnehmerkreis entsprechend erweitert.

Mitarbeiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit boten an einem Informationsstand die neuesten Werbe- und Verteilmittel an und standen den Kandidaten für alle Fragen der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

#### Termine der Regionalkonferenzen:

22.3.1994 in Brandenburg  
3.5.1994 in Erfurt  
12.8.1994 in Magdeburg  
13.8.1994 in Bad Kreuznach  
16.8.1994 in Saarbrücken  
19.8.1994 in Güstrow  
20.8.1994 in Erfurt  
23.8.1994 in Bad Sassendorf  
27.8.1994 in Hamburg  
31.8.1994 in Friedberg

1.9.1994 in Berlin  
2.9.1994 in Ludwigsburg  
3.9.1994 in Verden/Aller

### **Mandats- und Funktionsträgerkonferenz mit dem Parteivorsitzenden**

Ein besonderer Schwerpunkt in der Wahlkampfzubereitungsphase war die Konferenz mit allen Mandats- und Funktionsträgern aus den neuen Bundesländern am 22. April in Berlin mit rund 500 Teilnehmern. In der Kongreßhalle am Alexanderplatz stellte Generalsekretär Peter Hintze die Wahlkampfkonzeption der CDU vor, und Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck erläuterte die spezielle Europakampagne der CDU in den neuen Bundesländern.

Im Mittelpunkt stand die Rede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl zum Thema "Deutschland vor der Entscheidung", der sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Der Text der Rede wurde allen Teilnehmern einige Tage später zugesandt.

### **Auftaktveranstaltung zur Europawahl**

Mit dem Europatag '94 eröffnete die CDU am 7. Mai die heiße Wahlkampfphase für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994.

Die Veranstaltung begann am Vormittag mit einem historischen Jahrmarkt. Entsprechend dem Motto "Europa im Gespräch" hatten die Besucher - darunter viele Gäste aus mehreren europäischen Ländern - Gelegenheit, sich an zahlreichen Informationsständen über europaspezifische Themen zu informieren. Besonderen Anklang fanden die Talk-Shows, die zu lebhaften Diskussionen mit zahlreichen Europakandidaten und prominenten Spitzenpolitikern, unter anderen mit Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, genutzt wurden.

Höhepunkt war die "Europa-Kundgebung" mit rund 6000 Teilnehmern. In seiner Eröffnungsrede begrüßte Generalsekretär Peter Hintze besonders die zahlreichen Teilnehmer, die aus den neuen Bundesländern nach Aachen gekommen waren. Weitere Redner waren der stellvertretende Bundesvorsitzende Norbert Blüm sowie der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche.

Den Abschluß bildete die Rede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl, der zu entschlossener Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses aufrief.

#### **Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl**

"Wir treffen uns in Dortmund mit Mitgliedern und Freunden aus allen Teilen Deutschlands, um für die CDU-Deutschlands, den Bundeskanzler und die Fortsetzung unserer erfolgreichen Politik zu demonstrieren." Mit diesen Worten rief Generalsekretär Peter Hintze die Parteimitglieder zur Teilnahme an der schon traditionellen zentralen Auftaktveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle auf. Fast 17.000 Teilnehmer folgten diesem Aufruf.

Das Deutschlandtreffen begann mit einem umfangreichen und regional ausgewogenen musikalischen Vorprogramm - von den "Partenkirchner Alphornbläsern" bis zu dem Hamburger Männerchor "Blaue Jungs".

Redner waren Generalsekretär Peter Hintze, die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Angela Merkel und Norbert Blüm, der CSU-Vorsitzende Theo Waigel und zum Abschluß der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl.

### **1.3.1 Sonstige Veranstaltungen der Bundespartei**

#### **Bundesversammlung**

Gemeinsam mit der Geschäftsstelle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden die der Bundespräsidentenwahl vorausgehenden Sitzungen der "CDU/CSU-Fraktion in der 10. Bundesversammlung" vorbereitet und organisatorisch betreut. Die drei Fraktionssitzungen fanden am 8. März in Bonn sowie am 22. und 23. Mai im Reichstag in Berlin statt.

#### **Wahlabend zur Europawahl**

Zum Europa-Wahlabend am 12. Juni 1994 fanden sich rund 1.500 Teilnehmer im Saaltrakt des Konrad-Adenauer-Hauses ein.

#### **Wahlabend zur Bundestagswahl**

Am Bundestags-Wahlabend waren rund 3.000 Gäste im Konrad-Adenauer-Haus, darunter alleine 1.450 Pressevertreter. Aus nahezu allen europäischen Ländern sowie aus den USA, Japan und Australien waren Fernseh- und Rundfunkanstalten vertreten.

#### **Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus**

Im Berichtszeitraum wurden neben zahlreichen Einzelbesuchern 141 größere Gruppen mit 8.243 Teilnehmern durch den Besucherdienst betreut. Zusätzlich zu den Informationsgesprächen über die Arbeit der Parteizentrale wurden auch politische Diskussionen zu aktuellen Themen sowie Vorträge zu speziellen Fragen der Parteiarbeit arrangiert.

### 1.3.2 Bundesredner-Einsatz

#### Landtagswahl in Niedersachsen

In Absprache mit der CDU in Niedersachsen hat die Bundesgeschäftsstelle im Landtagswahlkampf 131 Veranstaltungen mit insgesamt 30 Bundespolitikern von CDU und CSU vorbereitet.

#### Europawahl

Für den Europawahlkampf haben 60 Bundespolitiker von CDU und CSU insgesamt 765 Termine für Veranstaltungen der CDU-Kreisverbände zur Verfügung gestellt. Die Kreisverbände konnten für diese Veranstaltungen teilweise Bildplakate kostenlos von der Bundesgeschäftsstelle anfordern, die auch einen Fahrereinsatz angeboten hat.

#### Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Zusätzlich zu den bereits im Zuge des Europawahlkampfes durchgeführten Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt wurden in den letzten beiden Wochen des Landtagswahlkampfes noch einmal 80 Einsätze mit Bundesrednern organisiert.

#### Bundestagswahl

Im August begann der Bundesrednereinsatz zunächst schwerpunktmäßig in den landtagswahlkampf führenden Landesverbänden Brandenburg und Sachsen. Die Zahl der Veranstaltungen stieg auf 200 Termine wöchentlich. Insgesamt haben 71 Bundespolitiker von CDU und CSU bis zum 16. Oktober 1.383 Termine zur Verfügung gestellt. Neben nahezu 500 öffentlichen Kundgebungen wurden auch Veranstaltungen für bestimmte Zielgruppen eingeplant, außerdem Betriebsbesichtigungen und Informationsbesuche. Den Kreisverbänden wurden Lebensläufe, Fotos, zum Teil auch Bildplakate der Bundesredner zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch wurde auch ein Fahrereinsatz organisiert.

### 1.3.3 Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden

Das Jahr 1994 war ein Wahlkampfjahr in Permanenz, und der Parteivorsitzende Helmut Kohl stand im Mittelpunkt der Wahlkämpfe. Im Bundestags- und Europawahlkampf sowie in den Landtagswahlkämpfen bestritt Helmut Kohl insgesamt 114 öffentliche Kundgebungen und erreichte dabei annähernd eine Million Menschen direkt.

Planung, Vorbereitung und Abwicklung der Veranstaltungen mit dem Bundeskanzler oblagen der Hauptabteilung Organisation, die neben der logistischen Vorbereitung in Zusammenarbeit mit den Landes- und Kreisverbänden auch für Bühnenaufbau, Lautsprecherübertragung und werbliche Begleitmaßnahmen sorgte.

Aus der tabellarischen Übersicht der Kanzlerkundgebungen sind zwei Termine besonders hervorzuheben:

#### Bäderreise am 3. August 1994 an die Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern

Noch vor Beginn des Hauptwahlkampfes besuchte der Parteivorsitzende Helmut Kohl eine Reihe von Bädern in Mecklenburg-Vorpommern. Viel Zustimmung bei Urlaubern und Einheimischen fand der Bundeskanzler auf den Inseln Usedom und Rügen sowie in Warnemünde. Bei sechs Veranstaltungen konnten rund 30.000 Menschen den Bundeskanzler persönlich erleben.

#### Großkundgebung am 3. Oktober 1994 in Mödlareuth

Eine besonders eindrucksvolle Veranstaltung erlebte das Dorf Mödlareuth am Tag der Deutschen Einheit: Rund 30.000 Thüringer, Oberfranken und Vogtländer hatten sich nach Polizeischätzung zu einer Kundgebung mit dem Bundeskanzler im einst geteilten Mödlareuth an der thüringisch-bayerischen Grenze versammelt. Mit dabei war der thüringische

Ministerpräsident Bernhard Vogel. In seiner Rede erinnerte Helmut Kohl auch an das Jahr 1980, als er als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den bayerischen Teil Mödlareuths besucht und damals die Einheit Deutschlands beschworen hatte.

**Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl im Wahljahr 1994**

Datum	Ort	Teilnehmerzahl
06.02.94	Osnabrück Eröffnungskundgebung zur Landtagswahl Niedersachsen	8.000
16.02.94	Hannover Landtagswahl Niedersachsen	4.000
16.02.94	Celle Landtagswahl Niedersachsen	2.000
02.03.94	Vechta Landtagswahl Niedersachsen	3.000
02.03.94	Oldenburg Landtagswahl Niedersachsen	3.000
04.03.94	Nienburg Landtagswahl Niedersachsen	2.000
04.03.94	Holzminden Landtagswahl Niedersachsen	2.000
09.03.94	Goslar Landtagswahl Niedersachsen	1.500
09.03.94	Verden	1.200
19.03.94	Schwerin Landesvertreterversammlung CDU Mecklenburg-Vorpommern	
22.04.94	Berlin Konferenz der Mandats- und Funktionsträger (neue Bundes- länder)	500
07.05.94	Aachen Europawahlkampfauftakt Europatag '94	6.000
10.05.94	Eutin Europa-Wahlkampf	4.000
10.05.94	Hamburg Europa-Wahlkampf	2.500
14.05.94	Pirmasens Europa-Wahlkampf	3.000

14.05.94	Tholey (Saarland) Europa-Wahlkampf	3.000
19.05.94	Friedrichshafen Europa-Wahlkampf	2.500
19.05.94	Freiburg Europa-Wahlkampf	8.000
26.05.94	Frankfurt/Main Europa-Wahlkampf	10.000
26.05.94	Kaufungen/b. Kassel Europa-Wahlkampf	3.000
27.05.94	Neubrandenburg Europa-Wahlkampf	8.000
27.05.94	Pasewalk Europa-Wahlkampf	9.000
28.05.94	Strausberg Landesparteitag CDU Brandenburg	
28.05.94	Kamenz Europa-Wahlkampf	9.000
28.05.94	Freiberg Europa-Wahlkampf	8.000
01.06.94	Nürnberg Europa-Wahlkampf	10.000
01.06.94	Aschaffenburg Europa-Wahlkampf	3.500
02.06.94	Meiningen Europa-Wahlkampf	9.000
02.06.94	Eisenach Europa-Wahlkampf	8.000
03.06.94	Stade Europa-Wahlkampf	4.000
03.06.94	Bremen Europa-Wahlkampf	2.500
04.06.94	Brandenburg Europa-Wahlkampf	8.000
07.06.94	Dessau Europa-Wahlkampf	8.000
07.06.94	Eisleben Europa-Wahlkampf	12.000

09.06.94	Düsseldorf Europa-Wahlkampf	9.000
09.06.94	Paderborn Europa-Wahlkampf	7.000
10.06.94	Mainz Abschlußveranstaltung Europawahlkampf	4.000
15.06.94	Stendal Landtagswahl Sachsen-Anhalt	4.000
15.06.94	Kalbe/Milde Landtagswahl Sachsen-Anhalt	3.000
20.06.94	Halle Landtagswahl Sachsen-Anhalt	15.000
21.06.94	Halberstadt Landtagswahl Sachsen-Anhalt	15.000
23.06.94	Magdeburg Landtagswahl Sachsen-Anhalt	12.000
13.07.94	Passau Landtagswahl Bayern	6.000
13.07.94	Neumarkt Landtagswahl Bayern	8.000
03.08.94	<u>Inselbereisung</u>	
	Ahlbeck/Usedom	8.000
	Zinnowitz/Usedom	5.000
	Binz/Rügen	5.000
	Warnemünde	12.000
24.08.94	Schwedt Landtagswahl Brandenburg	7.000
24.08.94	Frankfurt/Oder Landtagswahl Brandenburg	8.000
28.08.94	Dortmund Bundestagswahlkampföffnung Deutschlandtreffen der CDU	15.000
02.09.94	Ludwigsburg Bundestagswahl	10.000
03.09.94	Potsdam Bundestagswahl	10.000
04.09.94	Medebach Bundestagswahl	8.000

05.09.94	Bonn Zielgruppe Senioren Bundestagswahl	2.500
09.09.94	Fürstenwalde Bundestagswahl	7.000
09.09.94	Prenzlau Bundestagswahl	7.000
11.09.94	Ludwigshafen Bundestagswahl	13.000
13.09.94	Ingoldstadt Bundestagswahl	5.000
13.09.94	Traunstein Bundestagswahl	5.000
13.09.94	Bad Tölz Bundestagswahl	10.000
14.09.94	Gummersbach Bundestagswahl	6.000
14.09.94	Wuppertal Bundestagswahl	8.000
14.09.94	Bochum Bundestagswahl	10.000
16.09.94	Heiligenstadt Bundestagswahl	8.000
16.09.94	Wernigerode Bundestagswahl	7.000
16.09.94	Braunschweig Bundestagswahl	12.000
17.09.94	Rüsselsheim Bundestagswahl	4.000
17.09.94	Trier Bundestagswahl	10.000
17.09.94	Saarbrücken Bundestagswahl	6.000
20.09.94	Wittenberge Bundestagswahl	6.000
20.09.94	Schwerin Bundestagswahl	8.000
20.09.94	Lübeck Bundestagswahl	9.000

21.09.94	Neuss Bundestagswahl	6.000
21.09.94	Essen Bundestagswahl	9.000
22.09.94	München Abschlußkundgebung Landtagswahl Bayern	15.000
23.09.94	Hamm Bundestagswahl	7.000
23.09.94	Münster Bundestagswahl	12.000
23.09.94	Halle/Westfalen Bundestagswahl	10.000
24.09.94	Lutherstadt Wittenberg Bundestagswahl	7.000
24.09.94	Zwickau Bundestagswahl	12.000
27.09.94	Göttingen Zielgruppe Frauen Bundestagswahl	2.500
27.09.94	Gera Bundestagswahl	9.000
27.09.94	Marburg Bundestagswahl	10.000
28.09.94	Suhl Bundestagswahl	8.000
28.09.94	Dresden Bundestagswahl	20.000
29.09.94	Flensburg Bundestagswahl	6.000
29.09.94	Heide Bundestagswahl	8.000
29.09.94	Hamburg Bundestagswahl	11.000
30.09.94	Siegburg Bundestagswahl	7.000
30.09.94	Bonn Bundestagswahl	7.000
30.09.94	Koblenz Bundestagswahl	6.000

01.10.94	Karlsruhe Bundestagswahl	10.000
01.10.94	Stuttgart Bundestagswahl	15.000
01.10.94	Offenburg Bundestagswahl	10.000
03.10.94	Mödlareuth Bundestagswahl	30.000
05.10.94	Görlitz Bundestagswahl	7.000
05.10.94	Chemnitz Bundestagswahl	8.000
05.10.94	Leipzig Bundestagswahl	15.000
06.10.94	Limburg Bundestagswahl	8.000
07.10.94	Osnabrück Bundestagswahl	8.000
07.10.94	Leer Bundestagswahl	5.000
07.10.94	Bremen Bundestagswahl	9.000
08.10.94	Fulda Bundestagswahl	6.000
08.10.94	Schweinfurt Bundestagswahl	9.000
08.10.94	Günzburg Bundestagswahl	7.000
10.10.94	Cottbus Bundestagswahl	8.000
10.10.94	Berlin Bundestagswahl	8.000
11.10.94	Sinsheim Bundestagswahl	5.000
11.10.94	Reutlingen Bundestagswahl	10.000
11.10.94	Würzburg Bundestagswahl	15.000

12.10.94	Demmin Bundestagswahl	7.000
12.10.94	Stralsund Bundestagswahl	7.000
12.10.94	Rostock Bundestagswahl	12.000
13.10.94	Kassel Bundestagswahl	6.000
13.10.94	Frankfurt/Main Bundestagswahl	15.000
13.10.94	Erfurt Bundestagswahl	25.000

Werbliche Maßnahmen - abgesehen von den jeweiligen Ankündigungen in den regionalen Zeitungen - für die Veranstaltungen mit dem Parteivorsitzenden:

---

Flugblätter	Bundestagswahl	Europawahl/Landtagswahlen
A 4-Format	949.000	153.000
A 5-Format	<u>877.000</u>	<u>263.800</u>
	1.826.000	416.800
 <u>Plakate</u>		
A 0-Format	32.000	10.100
A 1-Format	<u>113.355</u>	<u>39.250</u>
insgesamt	145.425	49.350



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

**Helmut Kohl:** „Kämpfen, liebe Freunde, egal ob wir Rückenwind oder, wie im Augenblick, Gegenwind haben! Das muß das erste Signal sein, das von Hamburg ausgeht. Darum bitte ich Sie, ja ich fordere Sie dazu auf, daß wir von Hamburg nach Hause zurückkehren und unseren Wählern sagen: Wir, die Union Deutschlands, wollen alle Wahlen, die ich genannt habe, gewinnen. Das Ziel ist Sieg und nicht Platz.“

**5. Parteitag  
der CDU  
in Hamburg  
20. bis 23.  
Februar 1994**



Hintze

**Politik  
ohne Bart**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

**Peter Hintze:** „Der Wähler muß wissen: Wir garantieren mit Helmut Kohl Kontinuität, Sicherheit und gleichzeitig die Kraft zur Erneuerung. Mit uns wird es keine Status-quo-Politik geben, die sich an überkommene Besitzstände klammert. Mit uns wird es keine waghalsigen außenpolitischen Experimente geben, die Frieden und Sicherheit gefährden. Wir werden vielmehr alle Chancen ergreifen, um Deutschlands Zukunft zu sichern.“

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG



Helmut Kohl

**Wir setzen auf Sieg.  
Dafür kämpfen wir  
mit vereinten Kräften!**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG



Wolfgang Schäuble

**Wir dürfen die  
Verantwortung nicht  
Rot-Grün überlassen**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

## Argumente für den Europa-Wahlkampf

**Hans-J. Reck:** „Mit Mut, Entschlossenheit und Durchsetzung unserer Linie überall in Deutschland können wir es schaffen. Dabei kommt es insbesondere auch auf die Hilfe vor Ort an, damit unsere guten Argumente und Materialien in die breite Öffentlichkeit getragen werden.“

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG



Peter Hintze

**Geschlossen in den  
Wahlkampf '94:**

**Für die Erneuerung von  
Gesellschaft, Staat und Politik**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG

**Für Wachstum  
und Beschäftigung**

*Beschluß des 5. Parteitag der CDU Deutschlands  
am 21. Februar 1994 in Hamburg*

*mit den Einführungsreden  
von Christa Thoben und Klaus Töpfer*



**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

ARBEITSMARKTPOLITIK

**Beschäftigung  
sichern -  
Arbeitsplätze  
schaffen!**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

Unmittelbar nach dem Hamburger Parteitag konnten die drei wichtigsten Reden, die des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie der Wortlaut des Beschlusses „Für Wachstum und Beschäftigung“ als Broschüren im Versandzentrum in Versmold bestellt werden.

## Fußball-WM-Kalender '94



BILANZ EINER ERFOLGREICHEN POLITIK



**... abgehakt**

**Keine Bundesregierung zuvor hat mehr  
Aufgaben in vier Jahren bewältigt**



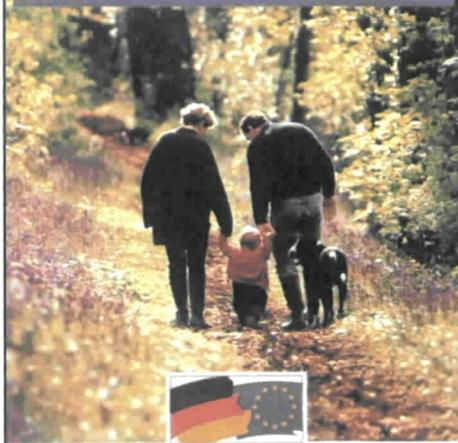
**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

# Das bringt uns die Europäische Union



Von den drei Motiv-Plakaten – Frieden für alle!/Wirtschaft und Arbeitsmarkt/Deutschland zu- liebe! (siehe nächste Seite) in den Formaten DIN A1 und DIN A0 konnte jeder Kreisverband

Gegen Krieg, Gewalt und Terror in Europa:  
**Frieden für alle!**



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

Unser Fleiß, unsere Ideen, unsere Arbeit:

# Wir packen's!



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

bis zu 1000 Exemplaren kostenlos über die CDU-Bundesgeschäftsstelle beziehen. Von dieser Möglichkeit wurde auch von fast allen Kreisverbänden Gebrauch gemacht.

# Europa von A bis Z



## Faltblätter für den Wahlkampf

FAMILIE



Mehr für Kinder – mehr für Familien und Alleinerziehende



EUROPA



Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa



ARBEITSMARKT



Wir packen's an: Beschäftigung sichern – Arbeitsplätze schaffen!



# Europa in Stichworten



Weitere Themen der Faltposter: Gesundheit, Frieden und Sicherheit, Arbeitsplätze, sichere Renten, Kinder und Familie und: Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat.

Sozialstaat, Wachstum und

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

## EUROPÄISCHE UNION

GEMEINSAM STARK

Für die CDU steht Währungspolitik Wohlstand und Leistung, daß Europa

Schon heute sind direkt vom Hand abhängig. 1992 füh DM in diese Länd EU-Länder dopp die übrige Welt.

### Wirtsch

Am 1. Januar 1993 größte Markt der Welt, der Europäermarkt, mit 340 Mi brauchen – ein hi Datum. Bis dahin b Grenzkontrollen, Handelshemmnisse schranken einen w schwingung der euro Wirtschaft. Der V Hindernisse führt : siveren Arbeitstei Wettbewerb und geren Produktions durch zunehmend

## LANDWIRTSCHAFT

### Die deutsche Landwirtschaft muss Zukunft haben

Wir sichern den Agrarstandort Deutschland in Europa

Die CDU will in D stungsfähige unc geht im Herzen E sche Union.

### Neue

Die Mitte 1992 be EU-Agrarreform i Basis für eine zuku te Landwirtschaft. zip der gemeinsan politik, die Sicheru kommens der Lanc garantierte Preise in einer Situation, schüsse auf den M ten, immer schlech Agrarsubventionen gen Milliardenbet daß zuletzt die Pr werden konnten. S ohne Ausgleich.

Umorientierung d Agrarreform heiß rekte Ausgleichs für freiwillige Pr beschränkungen. konnte damit ihr P

## EUROPAWAHL

### Mitstimmen und Mitbestimmen

- 6 Gute Gründe, Europa zu wählen -

Am 12. Juni 1994 wählen wir zum 4. Mal das Europäische Parlament. 255 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind aufgerufen, ihre 567 Abgeordneten aus 12 Staaten, davon 99 aus Deutschland, zu wählen.

Diese Wahlen werden entscheidend sein, denn es gilt europaweit, die radikalen Kräfte aus dem Parlament fernzuhalten und die gewachsene Verantwortung unserer Abgeordneten auf eine solide demokratische Grundlage zu stellen.

### Auch Ihre Stimme zählt!

6 Gründe, warum Ihre Stimme wichtig ist

#### ★ Europa sichert deutsche Arbeitsplätze

Seit dem 1. Januar 1993 leben wir im gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt, der gerade uns Deutschen viele neue Möglichkeiten eröffnet hat. Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen auf Exporte angewiesen. Mehr als die Hälfte unserer Exporte gehen an die Mitgliedstaaten der EU, und mehr als 70% in den Europäischen Wirtschaftsraum. Seit unsere Produkte zollfrei in fast alle Länder Europas gelangen,

sind dadurch Millionen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen worden

#### ★ Das Europäische Parlament hat mehr Rechte, als Sie ahnen

Unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament erhalten durch den Vertrag über die Europäische Union umfangreiche Entscheidungsbefugnisse. So haben Sie das letzte Wort, wenn es um den EU-Beitritt weiterer europäischer Staaten geht. Zusammen mit dem Ministerrat stimmen Sie über den Haushalt ab, kontrollieren die Ausgaben und entscheiden über

12. Juni 1994

## Deutschland zuliebe!



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

GEFAHR FÜR UNSER LAND



Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU

## Europa – gut für Deutschland

Erklärung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 1994



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

## ▲ Argu-Karten

## Europa per Brief wählen!

Wenn Sie am 12. Juni nicht in Ihr Wahllokal gehen können, fordern Sie die Briefwahlunterlagen bei Ihrem Wahlamt an. Nutzen Sie die Briefwahl für eine gute Zukunft Deutschlands in Europa.

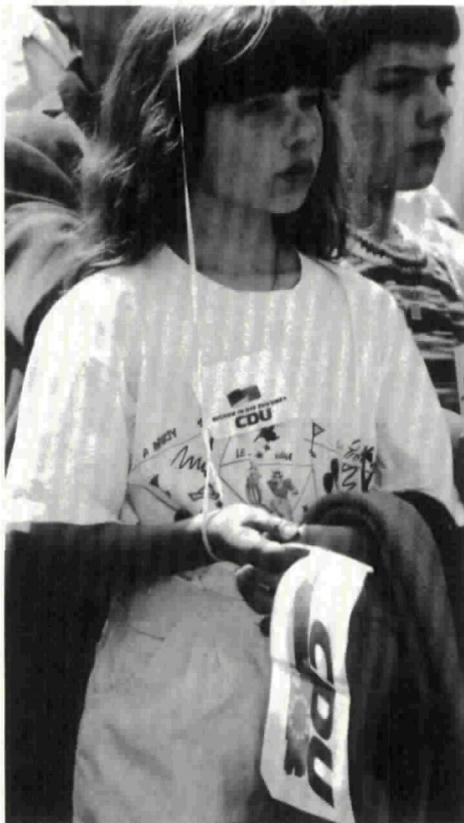
Es liegt in unserem nationalen Interesse, daß das Europäische Parlament seine Aufgaben mit Kompetenz und Durchsetzungskraft wahrnehmen kann. Nie zuvor hatte eine Europawahl größeres politisches Gewicht, denn das künftige Europaparlament wird erstmals weitreichende Befugnisse haben. Millionen von Wählerinnen und Wählern in ganz Europa entscheiden am 12. Juni mit ihrer Stimme, ob der Kurs in die Vergangenheit gescheiterter sozialistischer Rezepte geht – oder ob Europa den Weg in eine sichere Zukunft auf der Grundlage bewährter Politik und christlicher Verantwortung findet.



Deutschland zuliebe!



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU



Zentrale Botschaft des Bundeskanzlers zum Auftakt des Europawahlkampfes in Aachen: „Wir gewinnen mit Europa.“



Samstag, 7. Mai 1994

# Europatag '94

Aachen-Katschhof

10 bis 14 Uhr

**Europäischer Jahrmarkt**

11 bis 14 Uhr

**Politik und Information**

14 bis 16 Uhr

**Europakundgebung**

**Peter Hintze**

Generalsekretär der CDU Deutschlands

**Prof. Dr. Günter Rinsche**

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der  
EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

**Bundesminister Dr. Norbert Blüm**

Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**

Vorsitzender der CDU Deutschlands

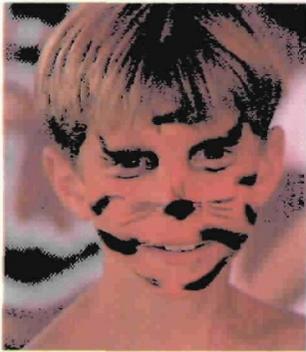


**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**

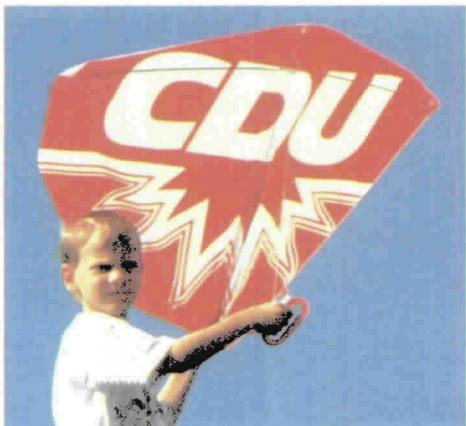


Drei große Kinder- und Familienfeste

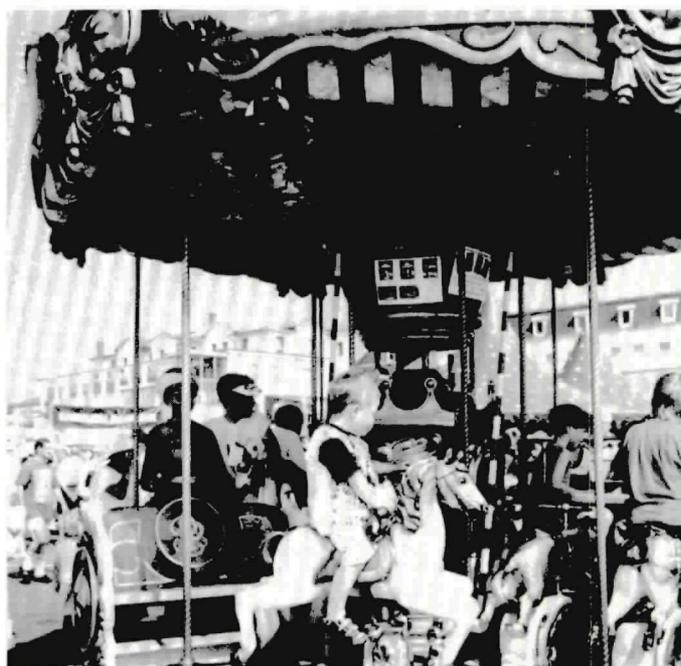


der CDU in Büsum, Templin und dem Ostseebad Prerow haben viele tausend Menschen hell begeistert.





Für den Einsatz unserer Sympathie-Werbemittel konnte es keine bessere Gelegenheit geben als die Familienfeste der CDU im August.



Die Familien, die von ihrem Urlaub in Büsum, Templin und dem Ostseebad Prerow nach Hause zurückkehrten, werden ihren Tag bei der CDU sicher so schnell nicht vergessen. Im Vordergrund standen die Kinder – Politik trat in den Hintergrund. Neben zahlreichen Aktivitäten zum Mitmachen wurde mit Clowns, Zauberern und dem bekannten Kinder-Sänger Volker Rosin ein buntes Rahmenprogramm geboten, das nie Langeweile aufkommen ließ.





# Bundes- tags- Wahl- kampf



**Damit es  
weiter  
aufwärts  
geht**  
**CDU**

Die für die Wählerinnen und Wähler wichtige Entscheidungsalternative „Sicherheit oder Risiko? – Zukunft oder Vergangenheit?“ ist ganz besonders durch die Persönlichkeit des Bundeskanzlers personalisiert worden. Im Mittelpunkt der „heißen Phase“ des Bundestagswahlkampfes stand deshalb die Kanzlerkampagne. Dabei wurden die Tatkraft, die Erfahrung und das interna-

tionale Ansehen des Bundeskanzlers in den Vordergrund gestellt.

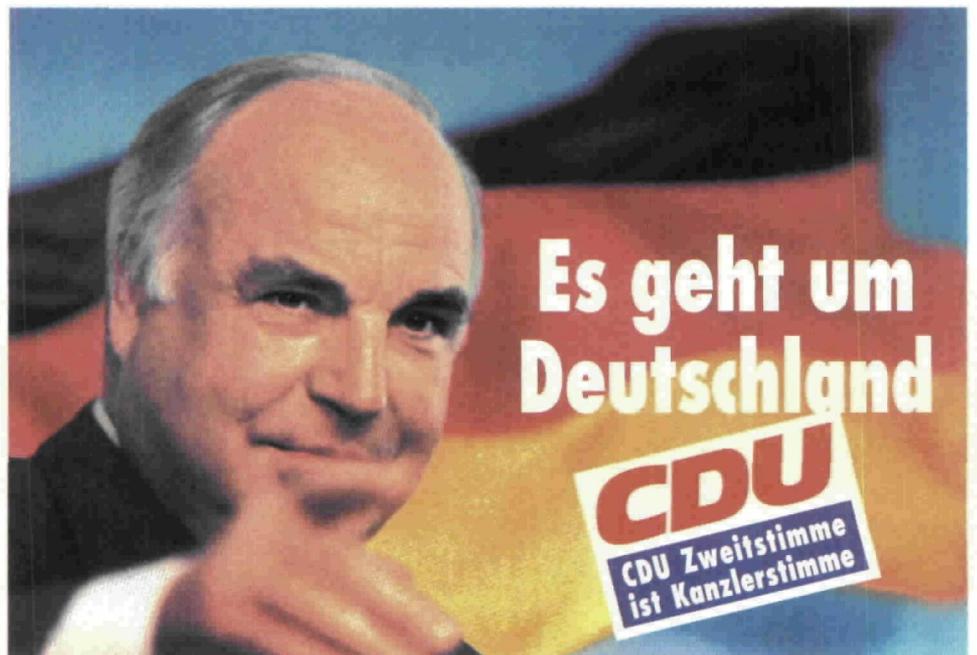
**Die Kernbotschaft lautete: Bei Helmut Kohl ist die Zukunft Deutschlands in guten Händen.**

Die oben abgebildete Großfläche war deshalb seit Anfang September überall in Deutschland zu sehen

16. Oktober:

**Beide  
Stimmen  
für die  
CDU**

ZWEITSTIMME  
IST KANZLERSTIMME



**Es geht um  
Deutschland**

**CDU**  
CDU Zweitstimme  
ist Kanzlerstimme

**Auf in die Zukunft...**



**aber nicht auf roten Socken!**

**CDU**

**Zukunft  
statt  
Linksfront**

**PDS-Gefahr  
von links!**

**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

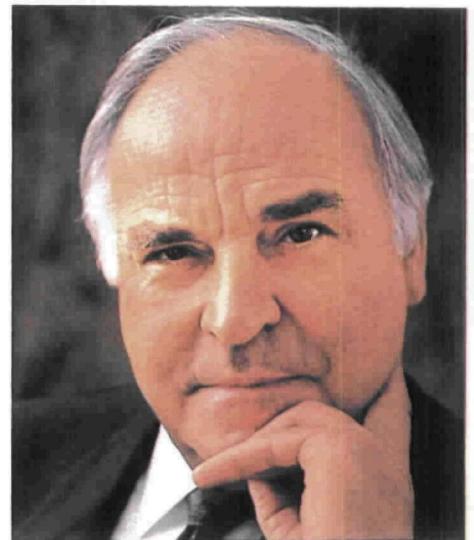
**Für Deutschland:**

**Argumente  
für  
Wahlkämpfer**

Handbuch der politischen Argumentation

**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

Nach dem Tabubruch in Magdeburg nahm der Bundestagswahlkampf eine unerwartete Wende, und die Wahl am 16. Oktober wurde in einem zuvor nie gekanntem Maße zu einer Richtungsentscheidung. Die CDU mußte es nicht nur mit der SPD und den Grünen aufnehmen, sondern auch mit der kommunistischen PDS. Sichtbarste Auswirkung auf die Wahlkampf-Führung: das „Rote-Socken“-Plakat und eine nicht enden wollende Diskussion darüber, die es bei allen Veranstaltungen der CDU zu einem Verkaufs-Schlager machte und seine Botschaft in kürzester Zeit in Umlauf brachte.



Autogramm-Karte

**Für Deutschland:**

**Mit Volldampf für  
die Zukunft  
Deutschlands kämpfen**

Leitfaden für den Bundestagswahlkampf 1994

**SICHER IN DIE ZUKUNFT  
CDU**

**Unser  
Kanzler**



**Kanzler-  
Prospekt**

Kanzler-Prospekt

Broschüren

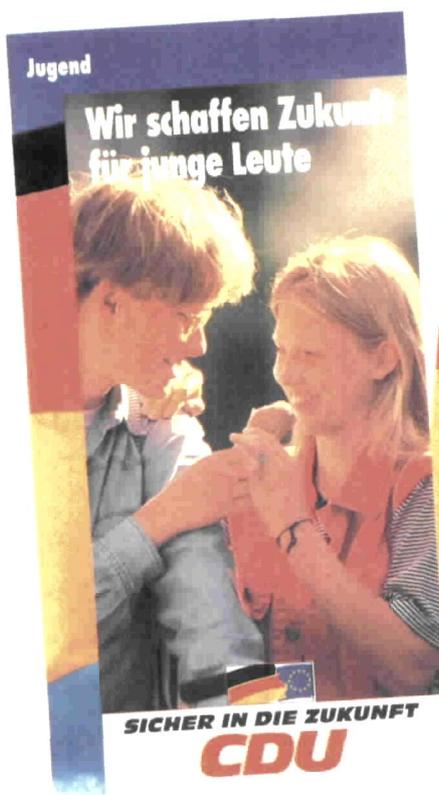


Computer-Spiel



Datenbank Politik

Faltblätter



# Briefwählen



denn jede Stimme zählt!

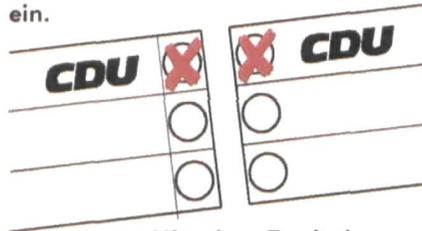
Beide Stimmen für die CDU  
Zweitstimme ist Kanzlerstimme



SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

# Beide Stimmen für die CDU!

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen. Die Erststimme gibt er einer Person, nämlich seinem Wahlkreiskandidaten. Der Kandidat mit den meisten Stimmen im Wahlkreis zieht direkt in den Bundestag ein.



Mit seiner Zweitstimme entscheidet sich der Wähler für die Landesliste einer Partei. Nach der Zweitstimme bemisst sich die Zahl der Sitze, die jede Partei im Parlament erhält.

Daher beide Stimmen für die CDU!  
So unterstützen Sie die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Von diesem Briefwahl-Prospekt wurden jedem Kreisverband 5000 Exemplare als kostenlose Grundausstattung angeboten. Gleichzeitig wurden die Mitglieder dazu aufgefordert, Wählerinnen und Wähler auf die Möglichkeit der Briefwahl aufmerksam zu machen und ihnen dabei zu helfen, sich die Unterlagen dafür zu beschaffen.

Die hohe Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl am 16. Oktober ist sicher auch auf die hohe Briefwahlquote zurückzuführen.

Für eine „Aktion der letzten Nacht“ hatte die Bundesgeschäftsstelle rechtzeitig und in hoher Auflage – wie auch schon vor dem Europawahl-Termin – einen Türanhänger angeboten und dem „UNION“-Magazin in zwölfacher Ausfertigung beigelegt. Die Mitglieder waren aufgefordert, die Anhänger an allen Haustüren in ihrem Wohnumfeld anzubringen, und Bundesgeschäftsführer Hans-J. Reck erinnerte noch einmal daran: „Es kommt auf jede Stimme an!“

**AUF**  
GEGEN RECHTS  
UND LINKS

Gebt Radikalen keine Chance!

**CDU**





Unter dem Motto „Gespräche statt Materialschlacht“ haben CDU-Teams auf Marktplätzen, in Einkaufszentren, aber auch in den Wohnsiedlungen der neuen Bundesländer und in Berlin mit insgesamt 1300 Einsätzen den direkten Kontakt mit den Wählern gesucht und auf diese Weise viele Hunderttausend Menschen im direkten Gespräch erreicht.



Gleichzeitig mit dem Start des Kinospots „Archäologische Sensation“ war das oben abgebildete Comic auch als Broschüre erhältlich.

Unentbehrliches Transportmittel für Informationen und Wahlkampf-Argumente auch in diesem Super-Wahljahr 1994 war der UiD („Union in Deutschland“). Mit einer Auflage von 33.000 Exemplaren hielt er regelmäßig einmal die Woche alle Wahlkämpfer auf dem Laufenden und stellte – so früh es irgend ging – die neuesten Wahlkampf-Werbemittel vor. Zu den zentralen Themen und Beschlüssen der Partei enthielt er die vertrauten Farb-Beilagen.

**UiD**

CDU-Informationsdienst  
Union in Deutschland  
Bonn, den 1. September 1994

28/1994

## Bundeskanzler Helmut Kohl: Um jede Stimme kämpfen

„Bei uns geht es nicht erst jetzt los, bei uns ist was los!“ So brachte es der CDU-Vorsitzende Theo Waigel in Anspielung auf den angestregten SPD-Slogan und vor dem Hintergrund eines müden SPD-Wahlkampfes auf den Punkt: Die Union ist guter Dinge, für die erfolgreiche Koalition der Mitte am 16. Oktober vom Wähler die Bestätigung zu bekommen.

Die Stimmung in Dortmund war ausgezeichnet. Der Bundeskanzler aber beschwor die Wahlkämpfer, zwar optimistisch zu sein, aber nicht satt und zufrieden. Die Wahl sei noch lange nicht entschieden. Helmut Kohl selbst hatte mit seinem Erscheinen für die Hochstimmung in der Westfalenhalle gesorgt.

**Eröffnung des Bundestagswahlkampfes der CDU am 28. August in der Dortmunder Westfalenhalle**

Unter lauten „Helmut, Helmut“-Rufen und begeistertem Applaus von 17.000 Wahlkämpfern aus allen Regionen Deutschlands nahm der Kanzler seinen Platz auf dem Podium ein – unter einem riesigen „Damit es weiter aufwärts geht“-Plakat. Der Kanzler legte die Schwerpunkte in seiner über einstündigen Rede auf die Ausgestaltung der inneren Einheit, auf Wachstum und Beschäftigung, auf die Weiterentwicklung der Familienpolitik und die Stärkung der inneren Sicherheit.

(Fortsetzung auf Seite 2)



17.000 Wahlkämpfer waren gekommen und applaudierten begeistert der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Foto: oap

# Ausgewählte TV-Spots zur Europawahl 1994



**Falsch ist:**

Europa schadet der deutschen Wirtschaft.



**Richtig ist:**

Europa kauft jährlich für rund 300 Milliarden DM bei uns ein.



**Falsch ist:**

Europa vernichtet unsere Arbeitsplätze.



**Richtig ist:**

5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland hängen direkt von der Europäischen Union ab.



**Falsch ist:**

Sie gehen am 12. Juni nicht zur Wahl.



**Richtig ist:**

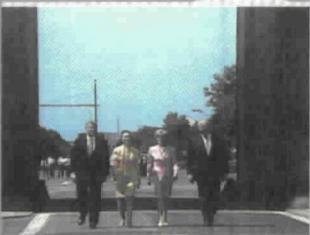
Sie wählen  
**0228/1994**

Aufschwung Ost/Bauarbeiter  
30 Sekunden, private Sender

Ost-West/Love-Story  
2:30 Minuten, ARD und ZDF

Falsch/Richtig/Arbeit/Wirtschaft  
30 Sekunden, private Sender

# Ausgewählte TV-Spots zur Bundestagswahl 1994



Deutschland in Fahrt  
2:30 Minuten, ARD und ZDF

Deutsche Schlagzeilen  
(Kopf-an-Kopf-Rennen)  
30 Sekunden, private Sender

Unser Kanzler  
2:30 Minuten, ARD und ZDF

#### 1.3.4 Aktionen "CDU im Gespräch"

##### Aktion "CDU im Gespräch" in den fünf jungen Ländern und Berlin

Im gesamten Wahlkampfjahr haben wir in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin den direkten Kontakt mit den Wählern gesucht. Auf Marktplätzen, in Einkaufszentren, aber auch in den Wohnsiedlungen waren die CDU-Teams gemeinsam mit Mitarbeitern aus den neuen Ländern unterwegs. Zusammen mit den jeweiligen Kandidaten der CDU sind wir zu den Bürgern gegangen, um im persönlichen Gespräch für unsere Politik zu werben.

Unter dem Motto "Gespräche statt Materialschlacht" wurden insgesamt 1300 Einsätze in 1000 verschiedenen Orten bestritten. Viele hunderttausend Menschen konnten dabei direkt angesprochen werden. Gleichzeitig fanden die örtlichen Kandidaten eine besonders geeignete Plattform für ihren persönlichen Wahlkampf. Die flächendeckende CDU-Präsenz hat sich auch als wirksame Unterstützung der Direktkandidaten bewährt.

##### (1) Europa- und Kommunalwahlen

In vier der fünf neuen Bundesländer fanden am 12. Juni 1994 neben der Europawahl auch Kommunalwahlen statt. Mit einer Sonderkampagne wurden die Kreisverbände zwischen Ostsee und Erzgebirge unterstützt, um einen möglichst guten Auftakt für die folgenden Wahlkämpfe zu schaffen. Ziel war eine flächendeckende Gesprächsoffensive der CDU in den neuen Ländern und eine hohe Mobilisierung unserer Wähler von 1990. Gleichzeitig wurde auf diese Weise auch eine Brücke von der Kommunalpolitik zur Europapolitik geschlagen.

Mit einem eigens entwickelten Fragebogen zu kommunalen und europäischen Themen sind unsere Kandidaten auf die Menschen zugegangen, konnten so Informationen erhalten, gleichzeitig selbst Informationen verbreiten und von vielen Gesprächspartnern die Anschriften erhalten. Als zusätzlicher Anreiz, die Adresse anzugeben, diente nämlich ein Europa-Quiz mit wertvollen Preisen.

Als Dankeschön fürs Mitmachen gab es stets einen Apfel aus Anbaugebieten in den neuen Ländern. Die Äpfel spielten auch eine medienwirksame Rolle bei den landesweiten Auftakt- und Abschlußveranstaltungen.

### (2) Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg

Die Aktion "CDU im Gespräch" mit verbundener Umfrageaktion wurde ebenfalls zur Unterstützung der Landtagswahlkämpfe in Sachsen-Anhalt und Brandenburg eingesetzt. Dabei haben jeweils zwei Teams 70 Einsätze in 50 verschiedenen Orten je Landesverband bestritten. Die Umfrageaktion wurde auf landesspezifische Themen sowie auf die Unterstützung der jeweiligen Spitzenkandidaten ausgerichtet. In Sachsen-Anhalt wurden zusätzlich kleine Buchen-Bäumchen mit dem Slogan des Landesverbandes "Zukunft - mit einem von uns" verteilt.

### (3) Bundestagswahl und Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen

Zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes in den neuen Bundesländern und in Berlin sowie der Landtagswahlkämpfe in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wurde die Aktion "CDU im Gespräch" in erweiterter Form wieder aufgenommen. Neben 14 Aktionsteams wurden vier Plakatierungs-Teams und sechs Koordinatoren eingesetzt. Durch die mitgeführten Lautsprecheranlagen wurde diesmal ein noch höherer Aufmerksamkeitswert erreicht und gleichzeitig eine erweiterte Aktionsplattform für die Kandidaten geschaffen.

Zu den 600 Auftritten an 500 verschiedenen Orten kamen noch 60 Werkstoreinsätze vor größeren Betrieben in der gesamten Region hinzu. Der gezielte Einsatz der Plakatierungs-Teams ermöglichte die Schließung von Lücken in der Parteiplakatierung. Die Verteilung von Äpfeln aus den neuen Ländern diente auch bei dieser Aktion als Sympathie-Werbemittel.

Im Sachsen-Anhalt unterstützten die Aktionsteams die gleichzeitig stattfindende Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zum Bau der Südharz-Autobahn und konnten so mit dazu beitragen, daß die

Initiative von der CDU noch vor der Bundestagswahl im Landtag eingebracht werden konnte.

Die im Europawahlkampf und im Bundestagswahlkampf gesammelten Adressen wurden in der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes für eine besondere Briefaktion des Parteivorsitzenden genutzt.

### **CDU-Familienfeste im Rahmen der Sommeraktion**

Mit einem Leitfaden und begleitenden Materialien wurden die Parteigliederungen aufgefordert, in der Sommer- und Ferienzeit mit Familienfesten und ähnlichen Aktionen die CDU als familienfreundliche Partei zu präsentieren und auf unterhaltsame, der Jahreszeit angemessene Art mit den Menschen im Gespräch zu bleiben.

Die Bundesgeschäftsstelle hat selbst drei große Feste mit insgesamt 20.000 Gästen in Büsum, Templin und im Ostseebad Prerow organisiert. Dabei wurden auch zahlreiche Feriengäste aus ganz Deutschland erreicht. Im Mittelpunkt standen stets die Kinder – die Politik trat ein wenig in den Hintergrund, ohne sich zu verstecken. Neben zahlreichen Aktivitäten zum Mitmachen wurde jeweils ein attraktives Rahmenprogramm geboten. Daneben blieb aber genug Gelegenheit zum politischen Gespräch mit den Gästen.

### **Jugend-Gesprächsaktion vor Kinos**

In Ergänzung zum CDU-Kinospot, der als Zeichentrickfilm in die Steinzeit führte und sich vorrangig an junge Wähler richtete, wurde zusammen mit der Jungen Union in 50 Städten – hauptsächlich in Wahlkreisen mit jungen Bundestagskandidaten – eine Dialog-Aktion vor Kinos durchgeführt. Unter dem Motto "Gespräche über morgen" wurden – analog zu unserem Kinospot mit den Titelhelden "Morgen" und "Gestern" – Informationsstände im Steinzeit-Look aufgebaut. Eine Umfrageaktion mit Preisausschreiben ermöglichte den Einstieg ins Gespräch mit dem jugendlichen Kinopublikum, das den Spot zuvor während der Vorstellung gesehen hatte. Der Kinospot in gedruckter Comic-Form fand gleichfalls großen Zuspruch.

### **Telefon-Canvassing Mitgliedschaft**

Im Rahmen der Kampagne "Gespräche statt Materialschlachten" hat die CDU im Europawahlkampf bundesweit mit der Mitgliedermobilisierung per Telefon begonnen. Von den Landesverbänden aus wurden die Mitglieder angerufen und um kleine Hilfestellungen (z.B. das Aufhängen der Türanhänger am Abend vor der Wahl) gebeten. In den beteiligten Landesverbänden war die Reaktion der angerufenen Mitglieder durchweg positiv, ein Mobilisierungs- und Multiplikationseffekt war vielerorts erkennbar, und in einigen Gebieten hat sich diese Aktion offenbar auch positiv auf das Spendenaufkommen ausgewirkt.

Aufgrund der erfreulichen Resonanz wurde diese Aktion bei der Bundestagswahl wiederholt. Die Angerufenen zeigten sich erfreut über die direkte Ansprache durch die Partei, viele wollten spontan helfen: beim Verteilen der Türanhänger, im Straßenwahlkampf oder im Ordnerdienst. Insgesamt wurden mit Hilfe der Landesverbände an 40 Aktionstagen über 250.000 Gespräche geführt. Ein positiver Nebeneffekt war übrigens die Aktualisierung von Mitgliederdaten, die durch diese Gesprächsaktion möglich wurde.

### **Bürgertelefon 0228/1994**

Seit Beginn des Europawahlkampfes konnten die Bürgerinnen und Bürger über eine bundesweite telefonische Direktverbindung mit der Bundesgeschäftsstelle sprechen. Die Telefonnummer "Bonn 1994" wurde über die Fernsehspots und den Kanzler-Prospekt millionenfach verbreitet. Das CDU-Bürgertelefon war seit Mai rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche besetzt. Bis zum 16. Oktober haben wir mit rund 180.000 Anrufern über alle möglichen politischen Fragen geredet; aber auch private Sorgen und Nöte sind zur Sprache gekommen. Auch nach der Wahl gingen täglich zahlreiche Anrufe über diese Telefonnummer ein.

In der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes ist die Zahl der Anrufe manchmal auf über 10.000 täglich hochgeschneit. Den allermeisten Anrufen lag ein wirkliches Informationsbedürfnis zugrunde. Über 95 Prozent der Anrufer suchten das direkte Gespräch mit der Parteizentrale, rund fünf Prozent baten um zusätzliche schriftliche Informationen.

## 2. Parteigremien

### 2.1 Präsidium

Das Präsidium kam im Berichtszeitraum seit dem 5. Parteitag der CDU Deutschlands vom 20.-23. Februar 1994 in Hamburg zu 14 Sitzungen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl Niedersachsen (13.3.1994)
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahl Schleswig-Holstein (20.3.1994)
- Ergebnis und Analyse der Europawahl (12.6.1994)
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Thüringen (12.6.1994)
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl Sachsen-Anhalt (26.6.1994)
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahlen in Brandenburg und in Sachsen (11.9.1994)
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahl in Bayern (25.9.1994)
- Ergebnis und Analyse der Bundestagswahl (16.10.1994)
- Ergebnis und Analyse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und in Thüringen (16.10.1994)
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahl Nordrhein-Westfalen (16.10.1994)

#### Wichtige Themen und Entscheidungen zur Parteilarbeit waren:

- Wahltermine 1994
- Wahlkampfstrategie für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag
- Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland
- Bundespräsidentenwahl
- Verabschiedung einer Erklärung der CDU zur Europawahl 1994 (26.4.1994)

- Einsetzung einer gemeinsamen Präsidiumskommission von CDU und CSU zur Erarbeitung eines Regierungsprogrammes für die nächste Legislaturperiode (16.5.1994)
- Verabschiedung eines Aufrufs zur Bundestagswahl (26.9.1994)
- Parteienfinanzierung
- Erhöhung des Frauenanteils bei Ämtern und Mandaten in der CDU
- Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung Helmut Kohl in der 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages
- Vorbereitung des 6. Parteitages der CDU Deutschlands in Bonn am 28.11.1994

Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Themen der Steuer- und Finanzpolitik standen im Mittelpunkt vieler Sitzungen, u.a.:

- Wirtschaftsaufschwung / Arbeitsmarkt
- Wirtschaftsstandort Deutschland
- Gesetzgebungspaket zum Programm für Wachstum und Beschäftigung
- Teilzeitarbeitsplätze
- Postreform
- Bundesbahnreform / Transrapid
- Energiepolitik (Kohlepfennig für neue Bundesländer)
- Geldwertstabilität
- Solidaritätszuschlag
- Unternehmenssteuerreform
- Stärkung des Finanzplatzes Deutschland

In der Sozial- und Gesellschaftspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:

- Pflegeversicherungsgesetz
- Familienlastenausgleich
- Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu § 218 StGB
- Umschichtungen bei Sozialleistungen

Weitere wichtige Themen der Innenpolitik waren

- Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994
- Verfassungsschutzbericht

- Rechts- und Linksextremismus
- Asylbewerberzahlen/Kirchenasyl
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Drogenkonsum
- Tarifabschluß im öffentlichen Dienst
- Entschädigungsgesetz
- Lage der Landwirtschaft
- Parlamentsverkleinerung
- Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern/Verfassungsreform

Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik spielten folgende Themen eine besondere Rolle:

- Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
- Erweiterung der Europäischen Union durch Österreich und die nordischen Staaten
- Europagipfel in Korfu (24./25.6.1994)
- Deutsche EU-Präsidentschaft
- Entwicklung in Rußland
- Besuch des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton (11./12.7.1994)
- Feierliche Verabschiedung der letzten russischen Truppen aus Deutschland (31.8.1994)
- Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere in Bosnien
- Feierliche Verabschiedung der Truppen der West-Alliierten aus Berlin (8.9.1994)
- Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Bundeswehreinsätzen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen (12.7.1994)
- Bundeswehrplanung

## 2.2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu neun Sitzungen zusammen. Schwerpunktthemen: siehe Präsidium. Außerdem:

- Neuberufung der Mitglieder des Hausvereins der CDU (14.3.1994)
- Ansprache von Aussiedlern

- Verabschiedung des agrarpolitischen Programms "Agrarpolitik für eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft" (16.5.1994)
- Beratung und Verabschiedung des Wahlkampfetats für die Bundestagswahl 1994 (13.6.1994)
- Berufung der Mitglieder der Bundesfinanzkommission (13.6.1994)
- Vorbereitung der Auftaktveranstaltung zur Bundestagswahl in Dortmund am 28.8.1994
- Verabschiedung des gemeinsamen Regierungsprogramms von CDU und CSU (22.8.1994)

### 2.3. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen zusammen. Themenschwerpunkte waren:

- Wahlkampfplanung und Wahlkampf vorbereitung für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag
- Sonderkampagne neue Bundesländer zur Europa- und zur Bundestagswahl
- Aktivitäten im Aussiedlerbereich
- Ausbau des Kommunikationsnetzes der CDU (CDU-KomSys)
- Schulungsprogramme für hauptamtliche Mitarbeiter der CDU
- Analyse der Europawahl und der Wahlkampfführung
- Analyse der Bundestagswahl und der Wahlkampfführung
- Berichte zu den Landtagswahlen in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und in Thüringen
- Vorbereitung des 6. Parteitages der CDU Deutschlands am 28.11.1994 in Bonn

### 2.4 Bundesfinanzkommission

Nach den Bestimmungen der auf dem 5. Bundesparteitag im Februar 1994 beschlossenen neuen Finanz- und Beitragsordnung wird durch den Bundesvorstand die Bundesfinanzkommission berufen. Ihr gehören der Bundesschatzmeister, je ein Vertreter der CDU in den Ländern und der Landesgeschäftsführer an. Den Vorsitz führt der

Bundesschatzmeister. Die Vertreter der CDU in den Ländern werden von den Landesverbänden dem Bundesvorstand vorgeschlagen. An den Sitzungen der Kommission nehmen auch die Rechnungsprüfer teil.

Die vom Bundesvorstand am 13. Juni 1994 berufene Finanzkommission hat sich am 6. Juli 1994 konstituiert. Eine weitere Sitzung fand am 20. September 1994 statt.

Erst nach den in diesem Jahr durchgeführten Wahlen kann die Bundesfinanzkommission ihre Überlegungen zum internen Finanzausgleich fortsetzen. Das gilt auch für die künftige Finanzierung der Partei insgesamt. Die Kommission wird sich auch mit den sich aus den Veränderungen des Parteiengesetzes ab 1. Januar dieses Jahres ergebenden Konsequenzen auseinandersetzen müssen.

Zu den in der Kommission besprochenen Themen gehörten auch die höheren gesetzlichen Anforderungen an die Rechenschaftslegung.

## 2.5 Bundesparteigericht

(Berichtszeitraum 7. November 1992 bis 6. November 1994)

Das Bundesparteigericht der CDU trat unter dem Vorsitz von Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth seit dem Beginn der vierjährigen Wahlperiode am 7. November 1994 zu fünf Sitzungen zusammen. Von insgesamt 20 im Berichtszeitraum anhängigen Parteigerichtssachen konnten elf Verfahren abgeschlossen werden.

Bei den genannten 20 Parteigerichtsverfahren handelte es sich um

- 5 Ausschlußverfahren,
- 2 Anordnungen von Ordnungsmaßnahmen,
- 4 Anfechtungen parteiinterner Vorstands- und Delegiertenwahlen in Ortsverbänden,
- 2 Anfechtungen von Kandidatenaufstellungen zu einer Kommunal- und zur Bundestagswahl,
- 2 Anfechtungen von Landesparteitags-Beschlüssen (u.a. wegen "Jugend-Schnuppermitgliedschaft"),

- 2 Beschluß-Anfechtungen von Landestagungen von Vereinigungen,
- 1 Antrag auf Richterablehnung,
- 2 Verfahren wegen Unvereinbarkeit von CDU-Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zur "Scientology Church/Sekte" (Antrag C 47 des 2. Parteitages Dresden 1991)

Im Berichtszeitraum wurden elf Parteigerichtsverfahren wie folgt abgeschlossen:

- 5 Zurückweisungen der Anträge, Beschwerden und Rechtsbeschwerden,
- 2 Abschlüsse eines Vergleichs,
- 4 Einstellungen infolge Rücknahme des Rechtsmittels, nach Austritt aus der Partei oder aus anderen Gründen.

Im Sommer 1994 ist die Broschüre "Leitsätze zu Entscheidungen des Bundesparteigerichts der CDU 1969 - 1993" erschienen. Sie wurde allen Landes-, Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen der CDU als Arbeitsmittel für die Mitglieder der jeweiligen Parteigerichte zugeschickt. Damit wurde auch dem Beschluß H 82 des 3. Parteitages der CDU Deutschlands in Düsseldorf entsprochen.

Das Bundesparteigericht hat im Herbst 1993 eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht im Fachbereich Rechtswissenschaft der Fernuniversität/Gesamthochschule Hagen aufgenommen. Dieses in Europa einzige Institut seiner Art hat inzwischen ein Forschungs-, Dokumentations- und Publikationsprojekt begonnen, das der Rechtsprechung der Obersten Parteischiedsgerichte von CDU, CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewidmet ist.

## 2.6 Bundesfachausschüsse (1993/94)

### (1) Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Johannes Gerster MdB (LV Rheinland-Pfalz)  
Stellvertreter: Heinz Paus MdL (LV Nordrhein-Westfalen)  
Dr. Lutz-Rainer Senglaub (LV Thüringen)  
Geschäftsführer: Dr. Klaus Schüler

Arbeitsgruppen:

- Innere Sicherheit/Polizei
- Ausländerpolitik
- Öffentlicher Dienst
- Grundsatzprogramm

Beschlüsse:

- Entschliebung zur Forderung nach einem Einwanderungsgesetz (1. September 1993)
- Beschluß über Änderungsanträge des Bundesfachausschusses Innenpolitik zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands (5. Januar 1994)

**(2) Bundesfachausschuß Sportpolitik**

Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Michael Sauer (Rheinland-Pfalz)  
Geschäftsführer: Edelgard Schönau

Arbeitskreise:

- Leistungssport
- Programmkommission

Schwerpunktthemen:

- Förderung des Sports in den neuen Ländern
- Ehrenamt im Sport
- Doping
- Stasi-Problematik im Sport
- Sport und Gesundheit
- Sport und Umwelt
- Kommunale Sportförderung
- Expertengespräch zum Thema "Sport - Gesundheitliche Chance oder Risiko?" (30. September 1993)

Beschlüsse:

- Sportprogramm der CDU (Vorstellung durch den Generalsekretär am 29. Juni 1994)
- Sport im Vereinten Deutschland - Sportförderung in Bund, Ländern und Kommunen (3. Februar 1994)

**(3) Bundesfachausschuß Kulturpolitik**

Vorsitzender: Dr. Georg Gölder MdL (Rheinland-Pfalz)  
Stellvertreter: Hildegard Matthäus MdL (Nordrhein-Westfalen)  
Dr. Michael Luther MdB (Sachsen)  
Geschäftsführer: Karsten Matthis

Arbeitskreise:

- Kommission zur Erarbeitung von Änderungsvorschlägen zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands
- Arbeitsgruppe Kultur

Schwerpunktthemen:

- Europäische Bildungspolitik
- Berufliche Bildung (Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern)
- Kulturförderung in den neuen Ländern

Beschlüsse:

- Erklärung zum bildungs- und forschungspolitischen Grundsatzgespräch beim Bundeskanzler am 11. November 1993 (25. Oktober 1993)
- Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands (20. Dezember 1993)
- "Beitrag der Bildungspolitik zur europäischen Integration: Europa braucht Kenntnisse, Austausch und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt" (7. März 1994)

Veranstaltungen:

- Gespräch zur Kulturfinanzierung in den neuen Ländern mit Wissenschaftsminister Prof. Hans-Joachim Meyer (Sachsen), PSt. Dr. Norbert Lammert, Vertretern der CDU-Landtagsfraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Prof. Wolfgang Bergsdorf (Abteilungsleiter Kultur im Bundesinnenministerium), 28. Oktober 1993

Pressekonferenzen:

- Pressekonferenz des BFA Kulturpolitik mit PSt Dr. Norbert Lammert, Kultusminister Dieter Althaus (Thüringen) und Wissenschaftsminister Prof. Hans-Joachim Meyer (Sachsen) zur Bilanz der Bildungspolitik in den neuen Ländern, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus (4. August 1994)
- Pressekonferenz des BFA Kulturpolitik mit PSt Dr. Norbert Lammert zu den Bildungsprogrammen der Europäischen Union, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus (18. August 1994)

**(4) Bundesfachausschuß Jugendpolitik**

Vorsitzender: Kersten Wetzel MdB (Thüringen)  
Stellvertreter: Eckart von Klaeden (Niedersachsen)  
Geschäftsführer: Stephan Sillekens

Arbeitsgruppen:

- Jugendpolitisches Programm

Schwerpunktthemen:

- Jugendpolitisches Programm
- Grundsatzprogramm der CDU

Beschlüsse:

- "Im Osten arbeitslos - Im Westen gesucht - Die Stellensituation von Kindererzieherinnen in der Bundesrepublik Deutschland" (23. November 1993)
- Lehrstellensituation in den neuen Ländern (25. April 1994)

#### (5) Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzende: Christa Thoben (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Dr. Dieter Murmann (Schleswig-Holstein)  
Peter Jakoby MdL (Saarland)  
Geschäftsführer: Michael Alber

#### Veranstaltungen:

- Expertenrunde zu Herausforderungen und Möglichkeiten für die Wirtschafts- und Finanzpolitik (24. September 1993)
- Expertengespräch über "Eckpunkte für eine Fortsetzung der Unternehmensteuerreform und für eine Gemeindefinanzreform" (4. Mai 1994)

#### (6) Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Richard Bayha MdB (Hessen) (gest. 3. Nov. 1993)  
Reimer Böge MdEP (Schleswig-Holstein)  
(ab 3. Februar 1994)  
Stellvertreter: Klaus Gille (Sachsen-Anhalt) (bis Frühjahr 1994)  
Dr. Hedda Czasche-Meseke (Niedersachsen)  
Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

#### Schwerpunktthemen:

- Beratung des Agrarteils des Grundsatzprogrammentwurfs
- Beratung eines neuen Agrarkonzeptes der CDU
- Agrarpolitische Fragen der neuen Bundesländer
- Handlungsfelder der europäischen Agrarpolitik

#### Beschlüsse:

- Diskussionsentwurf für den Agrarteil des Grundsatzprogramms (22. September 1993)
- Beschluß zu den agrarpolitischen Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994 (1. Juli 1994)

Veranstaltungen:

- Vor-Ort-Aktion des Bundesfachausschusses im Landesverband Oldenburg anläßlich des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen (27./28. Februar 1994)
- Agrarpolitisches Hintergrundgespräch mit Bundeslandwirtschaftsminister Borchert und Multiplikatoren (6. September 1994)

**(7) Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau**

Vorsitzender: Werner Dörflinger MdB (Baden-Württemberg)  
Stellvertreter: Staatssekretär Wolfgang Branoner (Berlin)  
Dr. Klaus Mildner MdB (Sachsen-Anhalt)  
Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Schwerpunktthemen:

- Reform des sozialen Wohnungsbaus
- Wohnungsbauförderungsgesetz 1994
- Förderung des frei finanzierten Wohnungsbaus
- Eigentumsförderung
- Privatisierung von Wohnraum in den neuen Bundesländern
- Baugesetze/Baugenehmigungen

**(8) Bundesfachausschuß Verkehrspolitik**

Vorsitzender: Claus-Peter Grotz MdB (Baden-Württemberg)  
Stellvertreter: Heinz Hardt MdL (Nordrhein-Westfalen)  
Thomas Kretschmer MdL (Thüringen)  
Geschäftsführer: Heribert Hennemann

Arbeitsgruppe:

- Verkehr und Umwelt

Schwerpunktthemen:

- Bahnreform

- Umwelt und Verkehr
- Transrapid
- Privatfinanzierung
- Privatisierung
- "Road Pricing"
- Telematik
- Tempolimit

#### **(9) Bundesfachausschuß Energiepolitik**

Vorsitzender: Ludwig Gerstein (Nordrhein-Westfalen)  
(gest. 30. Oktober 1994)  
Stellvertreter: Wolfgang Schulz (Mecklenburg-Vorpommern)  
Dr. Marcus Mattis (Baden-Württemberg)  
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppe:

- Umwelt und Energie (gemeinsam mit dem BFA Umweltpolitik)

Schwerpunktthemen:

- Energiepolitisches Gesamtkonzept
- Akzeptanz von Großtechnologien
- Energieversorgung der neuen Bundesländer
- Gespräche über einen Energiekonsens
- Europäische Energiepolitik

Beschluß:

- Leitlinien für eine umweltschonende Energieversorgung  
(gemeinsam mit dem BFA Umweltpolitik) (13. Januar 1994)

#### **(10) Bundesfachausschuß Umweltpolitik**

Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill (Niedersachsen)  
Stellvertreter: Roland Salchow MdHB (Hamburg)  
Dr. Petra Uhlmann (Mecklenburg-Vorpommern)  
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Kubink

Arbeitsgruppen:

- Umwelt und globale Verantwortung
- Umwelt und Verkehr
- Elbe und grenzüberschreitender Umweltschutz
- Naturschutz
- Umwelt und Energie (gemeinsam mit dem BFA Energiepolitik)
- Chemische Substanzen und Stoffe

Beschlüsse:

- Leitlinien für eine umweltschonende Energieversorgung  
(gemeinsam mit dem BFA Energiepolitik) (13. Januar 1994)
- Umwelt und Europa (22. April 1994)

Aktion:

- Vor-Ort-Besuch im Raum Lüneburg (22./23. April 1994)

(11) Bundesfachausschuß Frauenpolitik

Vorsitzende: Dr. habil. Maria Böhmer MdB (Rheinland-Pfalz)

Stellvertreterinnen: Christine Arlt-Palmer (Baden-Württemberg)  
Karin Hübeler (Thüringen)

Geschäftsführerin: Kristel Bendig

Arbeitsgruppen:

- Stellenwert der Frauenpolitik in der CDU und ihre innerparteiliche Umsetzung
- Verfassungsdiskussion
- Gleichstellungspolitik in der Kommune
- Gewalt in den Medien
- Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
- Familiensplitting

Schwerpunktthemen:

- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
- Familienlastenausgleich
- Situation der Frauen in den neuen Bundesländern

- Gleichberechtigungsgesetz
- Alleinerziehende und einkommensschwache Familien
- Quotenregelungen

Beschlüsse:

- Gleichstellungspolitik in der Kommune (25. November 1993)
- Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs  
(20. Januar 1994)

(12) Bundesfachausschuß Familienpolitik

- Vorsitzende: Maria Michalk MdB (Sachsen)
- Stellvertreterinnen: Birgit Schnieber-Jastram (Hamburg)  
Franz Wieser MdL (Baden-Württemberg)
- Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon

Arbeitsgruppen:

- Familie und Arbeitswelt
- Familiensplitting

Schwerpunktthemen:

- Gewaltbereitschaft in der Familie
- Zusammenleben von mehreren Generationen
- Familienleistungsausgleich
- Neue Ansätze in der Familienpolitik
- Familienurlaub

Beschluß:

- Anträge an den 5. Parteitag zum Familienlastenausgleich und zur Bedeutung der eigenständigen Freien Wohlfahrtspflege

### (13) Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Minister Dr. Frank-Michael Pietzsch  
(Thüringen)  
Sylvia Welzig (Brandenburg)  
Geschäftsführer: Jürgen Hardt

#### Arbeitsgruppen:

- Pflege
- Umbau des Sozialstaates
- Einheit der Sozialordnung
- Soziales Europa
- Grundsatzprogramm

#### Schwerpunktthemen:

- Pflegeversicherung
- Grundsatzprogramm
- Wahlprogramm

#### Beschluß:

- Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm der CDU (10. Januar 1994)

#### Veranstaltung:

- Pressekonferenz zum Thema: Sozialpolitische Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode am 7. März 1994

### (14) Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender: Dr. Paul Hoffacker MdB (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Sabine Klenke MdL (Sachsen-Anhalt)  
Prof. Dr. med. Ulf König (Nordrhein-Westfalen)  
Geschäftsführerin: Gerda Lübbert

Arbeitsgruppen:

- Krankenhausfinanzierung
- Prävention

Schwerpunktthemen:

- Gesundheitsstrukturgesetz
- Grundsatzprogrammentwurf
- Gesundheitsförderung
- HIV-Infektionsgefährdung
- Gesundheitsreform

Beschluß:

- Neue Strukturen in der Gesundheitsförderung (20. September 1994)

(15) Bundesfachausschuß Außenpolitik

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP (Nordrhein-Westfalen)  
Stellvertreter: Dr. Burkhard Dobiay (Nordrhein-Westfalen)  
Dr. Friedbert Pflüger MdB (Niedersachsen)  
Geschäftsführer: Klaus Welle bis Juli 1994)  
Winfried Weck (ab August 1994)

Arbeitsgruppen:

- Deutsche Außenpolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa
- Grundsatzprogrammreform

Schwerpunktthemen:

- Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa
- Außenpolitischer Teil des neuen Grundsatzprogramms
- Die Festigung der transatlantischen Partnerschaft -  
Empfehlungen für die 90er Jahre
- Einsätze der Bundeswehr auf der Grundlage der Charta der  
Vereinten Nationen
- Die zukünftigen Aufgaben der NATO und das Verhältnis NATO-EU/WEU
- Die Visegrad-Staaten und die Institutionen des Westens
- Entwicklung im Ostseeraum
- Karlsruher Urteil zum Vertrag von Maastricht

Beschlüsse:

- "Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa" (27. September 1993)
- "Potsdamer Erklärung" (2. November 1993)

Tagung:

- Außenpolitische Fachtagung in Potsdam am 2. November 1993

(16) Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

- Vorsitzender: Parl. Staatssekretär Hans-Peter Repnik MdB  
(Baden-Württemberg)
- Stellvertreter: Anne-Karin Glase (Brandenburg)  
Dr. Volkmar Köhler MdB (Niedersachsen)
- Geschäftsführer: Michael Däumer

Arbeitsgruppen:

- Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft
- Umwelt und Entwicklung
- Handel und Entwicklung/Marktwirtschaft und Entwicklung
- Kultur und Entwicklung
- Dialog mit den Kirchen
- Migration
- Osteuropa
- Parteiarbeit
- Grundsatzprogramm

Schwerpunktthemen:

- Die Bedeutung der Kultur in der Entwicklungspolitik
- Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Afrika südlich der Sahara
- Grundsatzprogramm-Entwurf
- Haushalt BMZ 1994
- Entwicklungen in Mittel-, Südosteuropa und GUS
- Entwicklungspolitischer Teil des Wahlprogramms der CDU
- Not- und Flüchtlingshilfe

**Beschlüsse/Erklärungen:**

- "Möglichkeiten zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Afrika südlich der Sahara" (9. November 1993)
- "Handel und Entwicklung", "Marktwirtschaft und Entwicklung" (18. Januar 1994)

**Veranstaltung:**

- Fachtagung mit der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zum Thema "Armutsbekämpfung", Bonn, 9. Mai 1994

**(17) Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik**

Vorsitzender: Otto Hauser MdB (Baden-Württemberg)  
Stellvertreter: Ulrich Adam MdB (Mecklenburg-Vorpommern)  
Thomas Kossendey MdB (Niedersachsen)  
Geschäftsführer: Winfried Weck

**Schwerpunktthemen:**

- Perspektiven einer künftigen Sicherheitsstrategie
- Der Blauhelmeinsatz in Belet Uen
- Lage und Bedeutung der wehrtechnischen Industrie
- Das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und die Außenwirtschaftsordnung (AWV)
- Die Militärdoktrin der Russischen Föderation
- Sicherheitspolitische Aussagen im neuen Grundsatzprogramm der CDU

**(18) Bundesfachausschuß Europapolitik**

Vorsitzender: Bernhard Sälzer MdEP (Hessen)  
(gest. 18. Dezember 1993)  
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP  
(Nordrhein-Westfalen) ab März 1994  
Stellvertreter: Doris Pack MdEP (Saarland)  
Michael Stübgen MdB (Brandenburg)  
Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Arbeitsgruppen:

- Grundsatzprogramm
- Reform `96

Schwerpunktthemen:

- Europäische Verkehrspolitik
- Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft mit Japan
- Die Perspektiven der EG-Haushaltspolitik nach Maastricht
- Vorbereitung des EVP-Kongresses
- Europapolitischer Teil des neuen Grundsatzprogramms
- Inhaltliche und konzeptionelle Begleitung des Europawahlkampfes 1994
- Europäische Wirtschaftspolitik
- Europapolitische Wahlkampfaussagen zur Europa- und Bundestagswahl
- Deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1994
- EU-Regierungskonferenz 1996

Beschlüsse/Erklärungen/Berichte:

- "Anmerkungen zum Brief von Ministerpräsident Edmund Stoiber an Bundeskanzler Helmut Kohl" (27. September 1993)
- "Deutschland in Europa: Wirtschaftsstandort sichern - Wettbewerbsfähigkeit stärken" (25. April 1994)
- "Stärkung der mittelständischen Wirtschaft in der Europäischen Union" (7. September 1994)

**(19) Bundesfachausschuß Forschung und Technologie**

Vorsitzender: Christian Lenzer MdB (Hessen)  
Stellvertreter: Prof. Dr. Josef Bugl (Baden-Württemberg)  
Dr. Helmut Münch (Sachsen)  
Geschäftsführerin: Gabriele Hopp

Arbeitsgruppe:

- Raumfahrtspolitik

Schwerpunktthemen:

- Raumfahrtspolitik
- Weiterentwicklung der Forschungspolitik

Beschlüsse:

- Positionspapier zu den Perspektiven der Raumfahrt in Deutschland (15. April 1994)
- Schwerpunkte der zukünftigen Forschungspolitik (17. Juni 1994)

**(20) Bundesfachausschuß Medienpolitik**

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär Bernd Neumann MdB  
(Bremen)

Stellvertreter: Minister Klaus von Trotha MdL  
(Baden-Württemberg)  
Gabriele Wiechatzek MdB (Berlin)

Geschäftsführer: Dr. Peter Wellert

Schwerpunktthemen:

- Medienforum
- Europäische Medienpolitik
- Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages
- Neue Technologien im Medienbereich
- Behandlung der Überweisung des 5. Parteitags zur verstärkten Ausstrahlung von Nachrichtensendungen in Gebärdensprache

Veranstaltungen:

- "Perspektiven europäischer Medienpolitik - den Fortschritt verantwortlich gestalten" (10. Mai 1994)
- Gespräch über "Zielsetzungen und Schwerpunkte der CDU-Medienpolitik in der neuen Legislaturperiode" im Rahmen der Medientage 1994 in München (20. Oktober 1994)

(21) Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Minister Herbert Helmrich  
(Mecklenburg-Vorpommern)

Stellvertreter: Jakob Kraetzer (Berlin/Brandenburg)  
Walter Remmers MdL (Sachsen-Anhalt)  
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB  
(Berlin/Brandenburg)  
Prof. Dr. Winfried Tilmann  
(Nordrhein-Westfalen)

Geschäftsführer: Petra Kansy (bis 15. September 1994)  
Karsten Matthis (ab 15. September 1994)

Fachkommissionen:

- Fortschreibung des rechtspolitischen Programms
- Medizin-Ethik-Recht
- Verfassungsrecht
- Familienrecht

Gesprächskreis:

- Recht und Technik

Schwerpunktthemen:

- Beratung und Verabschiedung des Rechtspolitischen Programms der CDU Deutschlands 1994
- Verfassungsrecht
- Rechtspolitische Probleme in den neuen Ländern
- Rechtsvereinfachung
- Rechtliche und ethische Fragen der Transplantationsmedizin
- Kindschaftsrecht
- Arbeitnehmerdatenschutz

Beschlüsse:

- Thesen zur Reform des Kindschaftsrechtes (25. März 1994)
- "Recht sichert die Freiheit", Rechtspolitischen Programm der CDU Deutschlands 1994 (6. Juni 1994)
- Leitsätze zu rechtlichen und ethischen Fragen der Transplantationsmedizin (19. August 1994)

### 3. Das neue Grundsatzprogramm

Die CDU Deutschlands beschloß auf ihrem 5. Parteitag in Hamburg (21. bis 23. Februar 1994) ihr neues Grundsatzprogramm. Damit ging ein mehrjähriger Diskussionsprozeß über die Grundlagen, Grundwerte, Ziele und Perspektiven christlich-demokratischer Politik zu Ende. Am Vorabend der Wiedervereinigung, am 2. Oktober 1990, hatte die CDU Deutschlands beschlossen, das alte Grundsatzprogramm von 1978 zu überprüfen und fortzuschreiben. Mit der Einberufung einer Grundsatzprogramm-Kommission im April 1991 begann eine vielschichtige Diskussion vor dem Hintergrund der großen geistigen und politischen Umbrüche in Deutschland, Europa und der Welt. Ausgehend von der These, daß Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, nach der Wiedervereinigung, angesichts der fortschreitenden Integration Europas und der Überwindung der Spaltung Europas in eine neue Epoche seiner Geschichte eingetreten sei, wurde das neue Grundsatzprogramm erarbeitet. Es bezog gleichermaßen den inneren Wandel in Deutschland, die geistigen und gesellschaftlichen Umbrüche mit ein.

Der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, Dr. Reinhard Göhner, brachte die Beschlußvorlage des Bundesvorstandes in die Beratungen des Hamburger Parteitages ein. Anschließend wurde kapitelweise über das neue Grundsatzprogramm beraten. Das erste Kapitel stand unter der Überschrift "Wir christliche Demokraten" und wurde den Delegierten von Dr. Bernhard Vogel und Dr. Angela Merkel inhaltlich vorgestellt. Professor Dr. Rita Süßmuth und Hermann Gröhe leiteten mit Kurzreferaten in das zweite Kapitel "Für die freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft" ein. Dem schloß sich die Beratung über das dritte Kapitel "Für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft" an, das von Matthias Wissmann und Dr. Norbert Blüm vorgestellt wurde. Professor Dr. Rupert Scholz und Manfred Kanther führten in das vierte Kapitel "Für einen freiheitlichen Staat" ein. Dem folgte die Einführung von Volker Rühle und Professor Dr. Günther Rinsche in das fünfte Kapitel "Für eine freie und friedliche Welt". Das letzte Kapitel

des neuen Grundsatzprogrammes lautet "Für die Bewahrung der Schöpfung". Es wurde von Arnold Vaatz und Christian Wulff vorgestellt.

In der Beratung fanden drei Fragen besondere Beachtung: Die Weiterentwicklung des Familienlastenausgleiches zu einem Familienleistungsausgleich in Form eines Familiensplittings; die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer "Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft"; die Zielvorstellung eines geeinten Europas.

Die Delegierten stimmten mit großer Mehrheit dafür, daß langfristig ein Familiensplitting verwirklicht werden soll, das Familien mit Kindern stärker als bisher entlasten und der Steuergerechtigkeit dienen soll. Darüber hinaus beschloß der Parteitag, daß ein Familienleistungsausgleich neu zu gestalten sei: mit einem vollständig einkommensabhängigen, bedarfsgerechten und dynamisch anzupassenden Kindergeld sowie mit der Einführung einer differenzierten und sozial ausgewogenen Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen.

In einer zweiten Abstimmung wurde festgelegt, daß in der zukünftigen Programmatik der CDU Deutschlands der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" durch den Begriff "Ökologische und Soziale Marktwirtschaft" ersetzt werden soll. Darin wird eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Komponente und Verantwortung verdeutlicht.

Die dritte große Debatte bezog sich auf die Definition eines zukünftigen Europas. Der Bundesparteitag formulierte als Ziel der Europapolitik der CDU die Vollendung der Europäischen Union als eines freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestalteten Zusammenschlusses.

In der offenen Gesamtabstimmung wurde das neue Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mit dem Titel "Freiheit in Verantwortung" einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

#### 4. Mitgliederentwicklung

Am 30. September 1994 hatte die CDU Deutschlands 674.279 Mitglieder.

##### 4.1 Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand 31.12.1992	Mitgliederstand 31.12.1993	Mitgliederstand 30.09.1994
Baden-Württemberg	87.927	85.787	85.469
Berlin	15.956	15.050	14.542
Brandenburg	11.292	10.528	9.725
Bremen	3.773	3.700	3.645
Hamburg	12.747	12.283	11.678
Hessen	61.238	59.901	58.963
Mecklenburg-Vorpommern	12.375	10.636	10.366
Braunschweig	9.488	9.088	8.764
Hannover	68.913	66.840	65.287
Oldenburg	16.955	16.495	16.091
Nordrhein-Westfalen	217.687	210.742	209.281
Rheinland-Pfalz	67.134	65.064	64.763
Saarland	24.184	23.428	23.187
Sachsen	28.156	24.517	23.448
Sachsen-Anhalt	18.636	16.595	15.748
Schleswig-Holstein	33.577	33.171	33.169
Thüringen	23.808	21.518	20.153

##### 4.2 Dauer der Mitgliedschaft

Stand 31.12.1993	Mitglieder in Prozent
unter 10 Jahre	28,5 %
10-20 Jahre	34,9 %
über 20 Jahre	36,4 %
Ohne Angaben	0,1 %

##### 4.3 Struktur der Mitgliedschaft

###### 4.3.1 Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 24,9 Prozent der Mitglieder (168.152) weiblich und 75,1 Prozent (506.279) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 23,5 und in den neuen Ländern bei 35,5 Prozent.

#### 4.3.2 Alter

	gesamt	alte Länder	junge Länder
16 - 24 J.	1,8 %	1,8 %	1,5 %
25 - 29 J.	3,4 %	3,3 %	4,2 %
30 - 39 J.	11,8 %	10,8 %	19,4 %
40 - 49 J.	20,1 %	19,5 %	24,5 %
50 - 59 J.	29,3 %	29,9 %	24,3 %
60 - 69 J.	18,9 %	19,6 %	13,7 %
70 - .. J.	14,4 %	14,7 %	12,2 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,2 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 53,1 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 54,2 und das der männlichen bei 52,8 Jahren.

#### 4.3.3 Beruf

Berufsgruppe	gesamt	alte Länder	junge Länder
Selbständige	21,5 %	23,0 %	10,2 %
Arbeiter	10,8 %	8,6 %	27,9 %
Angestellte	28,8 %	28,4 %	32,2 %
Beamte	11,4 %	12,6 %	2,5 %
Rentner/Pensionäre	6,7 %	5,4 %	16,5 %
Hausfrauen/-männer	10,2 %	11,1 %	3,3 %
in Ausbildung	3,7 %	4,0 %	1,5 %
Arbeitslose	0,6 %	0,4 %	2,1 %
Helfer im Familienbetrieb	0,6 %	0,6 %	0,9 %

#### 4.4 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 367 Kreisverbände und 13 111 Ortsverbände.

## 5. Politischer Arbeitskalender

21.-23. Februar 1994	5. Parteitag der CDU Deutschlands in Hamburg
1. März 1994	Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn
7. März 1994	Präsidium in Bonn
13. März 1994	Landtagswahl in Niedersachsen
14. März 1994	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
17. März 1994	Präsentation des CDU-Kommunikations-Systems in der Kreisgeschäftsführerkonferenz Berlin
20. März 1994	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein
22. März 1994	Informationsveranstaltung in Potsdam zum Europawahlkampf 1994 (gemeinsam mit den Landesverbänden Berlin und Brandenburg)
22. März 1994	Präsentation des CDU-Kommunikations-Systems in der Kreisgeschäftsführerkonferenz Sachsen-Anhalt
11. April 1994	Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
12. April 1994	Mit einem Rundschreiben an die Funktions- und Mandatsträger eröffnet Generalsekretär Peter Hintze eine Aktion zur Information und zur gezielten Ansprache der Spätaussiedler
13. April 1994	Gemeinsame Pressekonferenz mit CDU-Generalsekretär Peter Hintze und CSU-Generalsekretär Erwin Huber über die Ergebnisse des Strategiegesprächs von CDU und CSU
19. April 1994	Landesgeschäftsführerkonferenz in Bonn

20. April 1994                      Koordinierungsgespräch zur Tierseuchenproblematik auf Einladung von Generalsekretär Peter Hintze; Teilnehmer die Bundesminister Jochen Borchert und Horst Seehofer sowie die agrar- und gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU im Bundestag und in den Länderparlamenten
22. April 1994                      Auftaktveranstaltung der Europa-Wahlkampagne in den neuen Bundesländern und Funktions- und Mandatsträgerkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl in Berlin
26. April 1994                      Präsidium in Bonn
3. Mai 1994                         Informationsveranstaltung zum Europawahlkampf `94 und zur Kommunalwahl mit den Funktions- und Mandatsträgern in Thüringen (gemeinsam mit dem Landesverband Thüringen), Weimar
4. Mai 1994                         Expertengespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik über "Eckpunkte für eine Fortsetzung der Unternehmensteuerreform und für eine Gemeindefinanzreform", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
6. Mai 1994                         In einer Pressekonferenz in Bonn stellt Generalsekretär Peter Hintze die Strategie der CDU und die Kommunikationsmittel für den Europawahlkampf vor.
7. Mai 1994                         Zentrale Eröffnungsveranstaltung zum Europawahlkampf mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Aachen
9. Mai 1994                         Entwicklungspolitische Fachtagung zum Thema "Armutsbekämpfung", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
10. Mai 1994                        Medienpolitisches Forum "Perspektiven europäischer Medienpolitik - den Fortschritt verantwortlich gestalten", Bonn

16. Mai 1994                      Präsidium und Bundesvorstand in Bonn:  
Verabschiedung des neuen Agrarkonzeptes der CDU  
"Agrarpolitik für eine leistungsfähige bäuerliche  
Landwirtschaft" und anschließende Pressekonferenz  
mit Generalsekretär Peter Hintze und dem Vor-  
sitzenden der Agrarkommission des Bundesvor-  
standes, Reimer Böge MdEP
30. Mai 1994                      Generalsekretär Peter Hintze eröffnet mit einer  
Pressekonferenz in Berlin die Bilanzkampagne  
"Aufschwung Ost"
6. Juni 1994                      Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises  
Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ),  
Minister Herbert Helmrich, stellt das erste  
gesamtdeutsche rechtspolitische Programm der CDU  
vor.
9. Juni 1994                      Zum Abschluß des Europawahlkampfes legt  
Generalsekretär Peter Hintze in Bonn eine Bilanz  
der CDU-Wahlkampagne vor.
12. Juni 1994                      Europawahl sowie Kommunalwahlen in Baden-  
Württemberg, Rheinland-Pfalz, im Saarland, in  
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt  
und Thüringen
13. Juni 1994                      Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
20. Juni 1994                      Politisch-strategisches Gespräch über die  
besonderen Bedingungen des Bundestagswahlkampfes  
in den neuen Ländern, Berlin
26. Juni 1994                      Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
27. Juni 1994                      Präsidium in Bonn
29. Juni 1994                      In einer Pressekonferenz stellt Generalsekretär  
Peter Hintze in Bonn das neue Sportprogramm der  
CDU vor.

29. Juni 1994 Mit einem Rundschreiben leitet Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck den Funktions- und Mandatsträgern der CDU in den neuen Bundesländern eine Analyse des sogenannten "100-Tage-Programms" der ostdeutschen SPD zu.
6. Juli 1994 Konferenz der Landesgeschäftsführer und der Geschäftsführer der Vereinigungen der CDU
15. Juli 1994 Pressekonferenz von Generalsekretär Peter Hintze zur Präsentation des "Rote Socken"-Plakates
18. Juli 1994 In einer Pressekonferenz in Bonn stellt Generalsekretär Peter Hintze eine Aktion der CDU gegen die neue deutsche Linksfront vor.
25. Juli 1994 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze und dem Vorsitzenden des BFA Forschung und Technologie, Christian Lenzer MdB, zur Vorstellung des Beschlusses des Bundesfachausschusses zu Schwerpunkten der künftigen Forschungspolitik
4. August 1994 Pressekonferenz des Bundesfachausschusses Kulturpolitik mit PSt Dr. Norbert Lammert, Kultusminister Dieter Althaus (Thüringen) und Wissenschaftsminister Prof. Hans-Joachim Meyer (Sachsen) zur Bilanz der Bildungspolitik in den neuen Ländern, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
12. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Magdeburg
13. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Bad Kreuznach
16. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Saarbrücken

17. August 1994 Gespräch von Generalsekretär Peter Hintze mit dem Vorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
18. August 1994 Pressekonferenz des Bundesfachausschusses Kulturpolitik mit PSt Dr. Norbert Lammert zu den Bildungsprogrammen der Europäischen Union, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
19. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Güstrow
20. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Erfurt
21. August 1994 Präsidium in Bonn
22. August 1994 Bundesvorstand in Bonn
23. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Bad Sassendorf
24. August 1994 In einer Pressekonferenz in Bonn stellt Generalsekretär Peter Hintze die Strategie der CDU sowie die Plakate und Kommunikationsmittel für den Bundestagswahlkampf vor.
24. August 1994 Konferenz der Landesgeschäftsführer und der Geschäftsführer der Vereinigungen der CDU
25. August 1994 Pressekonferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesminister Theo Waigel zur Vorstellung des gemeinsamen Regierungsprogramms von CDU und CSU
25. August 1994 Konferenz der Aussiedlerbeauftragten der CDU in Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
27. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Hamburg

28. August 1994 Deutschlandtreffen der CDU in der Westfalenhalle Dortmund zur Eröffnung des Bundestagswahlkampfes
31. August 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Friedberg
1. September 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Berlin
2. September 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Ludwigsburg
3. September 1994 Regionalkonferenz zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes in Verden/Aller
5. September 1994 Pressekonferenz mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Ministerin Dr. Angela Merkel MdB, und Justizminister Dr. Thomas Schäuble (Baden-Württemberg) zur Drogenpolitik der CDU
7. September 1994 Der Bundesarbeitskreis Polizei der CDU stellt in Bonn seine Thesen für eine "Konsequente Durchführung des polizeilichen Aufgabenbestandes" vor.
9. September 1994 Pressekonferenz von Generalsekretär Peter Hintze im Metropol-Theater in Bonn zur Präsentation der Kino-, Fernseh- und Hörfunkwerbung
11. September 1994 Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg
12. September 1994 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
14. September 1994 Generalsekretär Peter Hintze startet die CDU-Aktion "Auf gegen rechts und links - Gebt Radikalen keine Chance".

19. September 1994 In einem Pressegespräch im Bonner Konrad-Adenauer-Haus stellt Generalsekretär Peter Hintze die neuesten Fernsehspots vor und startet anschließend das CDU-Bürgertelefon.
20. September 1994 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze in Berlin aus Anlaß des vierten Jahrestages der Verabschiedung des Vertrages über die Herstellung der Einheit Deutschlands durch die Volkskammer der DDR und den Deutschen Bundestag
26. September 1994 Das Präsidium verabschiedet in Bonn einen Aufruf zur Bundestagswahl.
27. September 1994 Bundesweite Wahlveranstaltung in Göttingen mit den Frauen in der CDU und mit Bundeskanzler Helmut Kohl (gemeinsam mit der Frauen-Union)
13. Oktober 1994 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze zur Schlußbilanz des Wahlkampfes '94.
16. Oktober 1994 Bundestagswahl und Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland und in Thüringen sowie Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
17. Oktober 1994 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
25. Oktober 1994 Konferenz der Landesgeschäftsführer und der Geschäftsführer der Vereinigungen der CDU
26. Oktober 1994 Präsidium in Bonn
7. November 1994 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
27. November 1994 Präsidium und Bundesvorstand in Bonn
28. November 1994 6. Parteitag der CDU Deutschlands in Bonn



